

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Konflikt in der Reichsbahn.

Die Regierung berät.

Der Konflikt bei der Reichsbahn befindet sich im Stadium der akuten Krise. Die gewerkschaftlichen Vertreter der Eisenbahner haben nach laugen Beratungen der Regierung gestern ein äußerstes Angebot gemacht. Ein Heruntergehen unter dieses Angebot, das wesentlich hinter den heute in der Privatindustrie üblichen Löhnen zurückbleibt, ist ganz ausgeschlossen. Das Komitee der Deutsche Eisenbahnerverband nicht nur seinen Mitgliedern gegenüber nicht verantwortlich, es liegt auch nicht im Interesse der Aufrechterhaltung einer geregelten und wirtschaftlichen Fortführung der Reichsbahn selbst. Mit den heute bezahlten Hungerlöhnen, zu denen noch die verlängerte Arbeitszeit kommt, können die Eisenbahner unmöglich eine normale Arbeitsleistung ausführen. Wenn man nicht auf einen katastrophalen Zustand in der Reichsbahn hinarbeiten will, dann muß das Los der Beschäftigten zum mindesten erträglich gestaltet werden.

Derartige Zustände sind einfach unhaltbar. Wenn die Reichsregierung sich heute nicht entschließt, eine gründliche Aufbesserung der Löhne vorzunehmen, dann bedeutet das praktisch, daß sie keine geregelte Fortführung des Betriebes der Reichsbahn will. Der immer wieder vorgeschobene Vorwand der Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn ist hinfällig. Was in der Privatindustrie möglich ist, muß in einem monopolisierten Großbetrieb, wie es die Reichsbahn ist, erst recht möglich sein. Die Wirtschaftlichkeit eines Betriebes hängt wesentlich ab vom Leistungsgrad der Beschäftigten. Wie kann man erwarten, daß die Leistungskraft der Eisenbahner ausgenutzt und gesteigert wird, wenn man ihnen Löhne zahlt, bei denen sie buchstäblich mit ihren Familien hungern müssen.

Bruderkampf im Zentrum.

Der Mitt nach Bayern.

Der Beschluß des Reichszentrums, bei den kommenden Reichstagswahlen der Bayerischen Volkspartei mit eigenen Kandidaten entgegenzutreten, wird im heutigen Morgenblatt der „Germania“ in ausführlicher Darstellung begründet. Daraus geht hervor, daß der Vorsitzende der Zentrumsfraktion im Reichstag, Fehrenbach, am 12. März an den Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Reichl, ein Schreiben gerichtet hatte, in dem sich das Zentrum bereit erklärte, auf die Aufstellung eigener Kandidaten im rechtsrheinischen Bayern zu verzichten, wenn

Der Micumkonflikt.

Vorbereitung von Repressalien.

Paris, 3. April. (W.T.B.) Havas meldet aus Düsseldorf: Le Trocquet ist heute früh in Düsseldorf eingetroffen. Er hatte sofort eine lange Unterredung mit General Degoutte und dem Präsidenten der Micum, Franzen. Der Minister begab sich sodann in das Ruhrgebiet, um an Ort und Stelle mit den Besatzungsbehörden die bis zum 15. April zu ergreifenden tatsächlichen Maßnahmen für die Sicherung der Reparationslieferungen zu prüfen, für den Fall, daß vor diesem Zeitpunkt die Bedingungen für die Ausführung dieser Lieferungen nicht in freundschaftlicher Weise mit den Industrieländern geregelt worden sind.

Russisch-rumänische Spannung.

Abbruch der Wiener Konferenz.

Wien, 2. April. (W.T.B.) In der heutigen Sitzung der russisch-rumänischen Konferenz gab der Chef der Sowjetdelegation Krestincki namens der russischen Delegation eine längere Erklärung ab, in der er feststellte, daß Rumänien Bessarabien entgegen dem Willen der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung in seiner Macht habe, und die Forderung der rumänischen Regierung, die Sowjetregierung solle Bessarabien als Bestandteil Rumäniens anerkennen, entschieden ablehnte. Die Sowjetdelegation schlägt vor, an eine gemeinsame Beratung der Voraussetzungen der Organisation einer Volksabstimmung in Bessarabien heranzutreten, denn nur so werde die rumänische Regierung imstande sein, sich von der Anklage zu befreien, daß sie Bessarabien ebenso gewaltsam und ebenso gegen den Willen der Bevölkerung in ihrer Macht habe, wie es mit der in der Mehrheit von ukrainischen Bayern besetzten Bukowina der Fall sei. Sobald wiederholte die rumänische Delegation den schon in der letzten Sitzung bekanntgegebenen Standpunkt der rumänischen Regierung. Da die Standpunkte der beiden Delegationen nicht mit einander in Übereinstimmung gebracht werden konnten, wurde die Arbeit der Konferenz für beendet erklärt. Die Delegationen verlassen in den nächsten Tagen Wien.

Das vierjährige Moratorium.

Paris, 3. April. (W.T.B.) Nach dem „Pelt Parisien“ schlagen die Sachverständigen die Gewährung eines vierjährigen Moratoriums vor, nach dessen Ablauf Deutschland im ersten Jahre angeblich 2 1/2 Milliarden Goldmark zahlen soll. Während des Moratoriums hätte Deutschland Sachlieferungen zu vollziehen und die Besatzungssoldaten zu bezahlen. Im ersten Jahre würden diese beiden Ausgabenposten durch eine internationale Anleihe auf der Garantiegrundlage der Eisenbahnen gedeckt werden. Die Leistungen Deutschlands würden nach und nach ansteigen während der letzten Jahre des Moratoriums, falls die Finanzlage Deutschlands es gestattet, vielleicht sogar Barzahlungen umfassen.

Truppenansammlung in Bessarabien.

Moskau, 3. April. (W.T.B.) Rumänien hat, wie die „Pravda“ berichtet, in den letzten Tagen zahlreiche Truppen aus Transsylvanien und der Walachei nach Bessarabien verlegt; die Zahl der rumänischen Gendarmen an den bessarabischen Grenzen ist bedeutend verstärkt worden. Die bessarabische Flüchtlinge berichten, habe die Siguranta (rumänische politische Polizei) einen Ueberwachungsdiens eingerichtet, dessen drückende Bestimmungen die Erregung und Erbitterung der Bevölkerung immer mehr steigern. Es fällt in Bessarabien auf, daß auch die oppositionelle rumänische Presse, die bisher die scharfen Maßnahmen der Regierung mißbilligte, plötzlich umgeschwenkt ist und in der Tonart der Regierungspresse schreibt.

Militärkontrolle und Völkerbund.

Eine offizielle französische Antwort.

Paris, 3. April. (W.T.B.) Nach dem „Pelt Parisien“ wird die weite deutsche Rote in der Frage der Militärkontrolle heute in einer vertraulichen Sitzung im Sekretariat der Völkerbundkonferenz und am Sonnabend wahrscheinlich in der Völkerbundkonferenz selbst zur Sprache kommen. Da die Frage diesmal in rein politischer Gestalt vorliegt, werde das Interalliierte Militärkomitee in Versailles zweifellos nicht in Anspruch genommen werden.

Der Chef des rumänischen Generalstabes in Polen.

Warschau, 3. April. (W.T.B.) Auf Einladung des polnischen Kriegsministers ist der Generaladjutant des Königs, Florescu, der stellvertretende Chef des rumänischen Generalstabes und Leiter der Operationsabteilung in demselben ist, in Warschau eingetroffen. Der rumänische General will sich mit den Einrichtungen der polnischen Armee bekanntmachen und wird auch noch die Städte Wilna, Krakau und Posen besuchen.

Die Saarfrage im Oberhause.

London, 3. April. (W.T.B.) Im Oberhaus erklärte Lord Parmoor auf eine Anfrage Lord Burtons über die letzte Sitzung des Völkerbundes in Genf u. a., er hoffe, daß die Vereinigten Staaten, die viel für die notleidenden Nationen Europas getan hätten, in nicht fernem Zeit Mitglied des Völkerbundes werden würden. Er sei stets der Ansicht gewesen, daß bezüglich des Saargebietes an dem bisher Geschahenen viel zu frühzeitig gewesen sei. Obgleich eine endgültige Lösung noch nicht erzielt worden sei, sei mit Bezug auf das Recht der Saarbewohner, sich nach Wunsch zu bewegen, ferner mit Bezug auf die Stärke der deutschen Gendarmerie und auf die Wahl eines geeigneten Vertreters der Einwohner als eines der Mitglieder der vom Völkerbund ernannten Saarkommission, das beste Verfahren, das unter den augenblicklichen Umständen möglich sei, angenommen worden. Lord Parmoor erklärte weiter, es sei unmöglich, in angemessener Weise die größeren Fragen zu behandeln, die vor die Kommission kommen würden, bevor Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes sei. Lord Cecil erklärte, der Nachteil der Saarregierung sei zweifellos, daß sie zu sehr nach einer französischen Regierung aussehe. Je eher die französische Besatzung zurückkomme oder vermindert werde, um so besser sei es.

In einem scharf beeinflussten Bericht bemerkt der „Pelt Parisien“ zu der Angelegenheit, die ganze Welt habe vorgestern erfahren, daß Stresemann vorschläge, die Untersuchung des Staandes der Rüstungen in Deutschland dem Völkerbund zu übertragen. Dagegen habe sie nicht erfahren, daß diese Untersuchung gewissermaßen abhängig gemacht werde von der Durchführung eines allgemeinen Abrüstungsplanes, wohingegen der Friedensvertrag Deutschland die Beachtung der in Versailles festgesetzten militärischen Bestimmungen zur Pflicht mache, die Voraussetzung einer allgemeinen Einschränkung der Rüstungen sei. Die Militärischen und insbesondere die französische Regierung seien von einem zu lebhaften Wunsche befeuert, den Völkerbund wachsen und gedeihen zu sehen, als daß sie sich nicht bereits mit der Möglichkeit einer Inanspruchnahme des Völkerbundes in der Militärkontrollfrage beschäftigt hätten. Aber die Fragen dürften nicht durch einandergerworfen werden. Die technische und die juristische Frage sei eins, die politische Frage etwas ganz anderes.

London, 3. April. (W.T.B.) Die Presse enthält bisher keine Angaben über den von englischer Seite gegenüber der deutschen Antwortnote in der Frage der Militärkontrolle eingenommenen Standpunkt und beschränkt sich darauf, aus Paris mitzuteilen, daß die deutsche Note dort einen ungünstigen Eindruck gemacht habe. Von amtlicher englischer Seite wurde gestern Abend erklärt, ein Kommentar zu der deutschen Note sei nicht möglich, da der Wortlaut hier nicht vorliegt.

Übertritt eines kommunistischen Abgeordneten zur Sozialdemokratie. Genosse Reus teilte als Präsident des Antikommunistischen Bundtages bei der Eröffnung der Sitzung mit, daß der kommunistische Abgeordnete Puhk zur Sozialdemokratischen Partei und Bundtagsfraktion übergetreten ist.

Diese Kriegserklärung ist nun vom Reichszentrum mit dem Beschluß beantwortet worden, in allen vier bayerischen Reichstagswahlkreisen eigene Kandidaten aufzustellen.

Die „Germania“, die begreiflicherweise den offenen Ausbruch eines solchen Bruderkampfes im Lager des katholischen Deutschland bedauert, benützt die Gelegenheit, der Bayerischen Volkspartei ihre Sünden am Reich vorzuhalten:

Es ist die besondere Schuld der Bayerischen Volkspartei, wenn sich in München das Zentrum aller rechtsradikalen hochverräterischen Bestrebungen in Form der „Germania“ heute hätte als Vorkämpfer des Hochverrats wieder gerne loswerden, weil sie sich auch als Gegner der Bayerischen Sonderbestrebungen entpuppt haben. Aber das kann nichts daran ändern, daß sie diese hochverräterischen Bestrebungen in großer Zahl und mit großer Energie gefördert haben. Die Zentrumspartei ist immer für einen organischen Föderalismus gewesen, nie aber für einen „Föderalismus“, der das Reich, im günstigsten Falle, zu einer Dienstmagd Bayerns herabwürdigt, wie es von der Bayerischen Volkspartei ohne Zweifel gewollt wird. Innerhalb der Bayerischen Volkspartei haben Kräfte Einfluß gewonnen, die vor der November-Revolution 1918 im liberal-konservativen Lager standen, und die ihre Haupttätigkeit darauf anlegten, die bayerischen Katholiken und früheren Zentrumsteile dem Reichszentrum zu entfremden. Die Bayerische Volkspartei ist ja bekanntlich schon vor der Revolution im November 1918 als neue Partei von den Herren Dr. Heim und Dr. Schlittenbauer konzipiert worden, und zwar als eine Partei, die aus allen Lagern außerhalb der Sozialdemokratie die christlichen Elemente vereinigen sollte, um unter Abstreifung der früheren Parteiform den Sozialismus zu bekämpfen und den Stammesgedanken zu pflegen. Die alte Bayerische Zentrumspartei hat am 18. November 1918 in München das Programm dieser neuen „Bayerischen Volkspartei“ angenommen.

Das Berliner führende Zentrumblatt schließt mit folgender programmatischer Erklärung:

Dem kommenden Reichstage stehen gewichtige Aufgaben bevor, die die Bildung einer starken verantwortungsfreudigen Mehrheit zu einer unbedingten Notwendigkeit machen. Es besteht keinerlei Gewähr mehr dafür, daß die Bayerische Volkspartei die Reichsgesinnung aufbringen wird, die notwendig ist, um an der Lösung dieser schwierigen Aufgaben unter Hintansetzung ihrer partikularistischen Sonderbestrebungen mitzuwirken. Die Zentrumspartei aber kann das bisher von ihr geleistete Werk nicht gefährden lassen, sie muß selbst so stark wie nur möglich aus dem Bruderkampfe hervorgehen, es muß ihr daran liegen, eine Regierung der Mitte zu ermöglichen, die einen breiten Boden im Reichstag findet. Und darum wird es ihr Beweihrpflicht sein, in Bayern als werdende Partei wieder auf den Plan zu treten, bei allen denjenigen Bayern zu werben, die die Schädlichkeit der Bayerischen Volkspartei-Politik erkannt haben, und ihnen Gelegenheit zu geben, in und durch die Zentrumspartei für die Förderung des Reiches und des deutschen Volkes positiv zu wirken.

Das Reichszentrum ist also zunächst nicht gewillt, sich in die Befolgung der deutschnationalen Partei zu begeben, die soeben erst auf ihrem Parteitag dem Spitzenkandidaten der deutschvölkischen Reichsliste, Herrn Ludendorff, eine stürmische Huldigung bereitet hat. Um einen Rechtsblock unter deutschnationaler Führung zu verhindern, geht es sogar gegen seinen losgesprengten bayerischen Teil, die Volkspartei, in den Kampf. Bleibt das Zentrum bei dieser Haltung, so kann man sich kaum vorstellen, wie die Blüthenräume der Deutschnationalen in Erfüllung gehen sollen. Denn daß Bismarck, Deutschnationalen, Deutsche und Bayerische Volksparteiler zusammen im neuen Reichstag die Mehrheit gewinnen könnten,

darin denkt kein vernünftiger Mensch, und außerdem würde eine solche Mehrheit keinen Tag lang zusammenhalten. Diese Rechtsmehrheit wäre in sich vollständig brüchig und zersplittert und keinen Tag regierungsfähig.

Zersplitterung also rechts, Zersplitterung auch in der Mitte. Sie drückt sich schon darin aus, daß die Deutsche Volkspartei mit dem einen Flügel eine Rechtspartei, mit dem anderen aber eine Mittelpartei ist. Aber der stärkste Beweis für die Kraft der Zersplitterungstendenzen ist doch die Tatsache, daß selbst der Zentrumsturm ihnen nicht standgehalten hat, von dem es doch hieß, er stehe „fester nach jedem Sturm“.

Die Bayerische Volkspartei ist durch die grauenhaften Blamagen, die sie in der letzten Zeit erlitten hat, so geschwächt, daß das Zentrum von ihrer Gegenoffensive im Reich außerhalb Bayerns offenbar wenig befürchtet. Aber sicherlich wird es sich auch darüber klar sein, daß von jetzt an die Gefahr besteht, die bisher regionale Spaltung könnte sich in eine politische und soziale durch das ganze Reich hindurch verwandeln. Denn wenn es in der Bayerischen Volkspartei stets Elemente gegeben hat, die innerlich dem Reichszentrum verwandt waren, so fehlt es im Reichszentrum auch nicht an Leuten, die sich der Bayerischen Volkspartei freilich außerordentlich nahe fühlen. Die starke Parteizugehörigkeit mag einseitigen Sezessionsgelüste im Reich außerhalb Bayerns verhindern, daß sich aber die Deutschnationalen und die Schwerindustrie ihre Förderung ganz außerordentlich angelegen lassen werden, darüber wird auch in führenden Zentrumskreisen nicht der geringste Zweifel bestehen.

Die Vorgänge im Zentrum sind auch nur ein Symptom der ungeheuren Verwirrung, die seit dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges in allen Kreisen rechts von der Sozialdemokratie eingerissen ist. Auf der einen Seite dämmert die Einsicht, daß eine neue Zeit gekommen ist und daß diese neue Zeit auch neue Aufgaben stellt, die mit neuen Mitteln zu lösen sind. Auf der anderen Seite klammert sich ein unfreies Denken desto verzweifelter an die Ideale der alten Zeit, Throne und Parademärche. Auf der einen Seite wächst die Erkenntnis, daß ein freies Staatsbürgertum auch nach der sozialen Seite hin seine Auswirkung und Fortsetzung erfahren müsse, auf der anderen Seite verteidigt das Großkapital hinter Geldsackbarrikaden den alten Standpunkt der „Herren im Hause“.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sehen dieses Treiben. Und gäbe es einen Gott, der ihren Blick erhelle — mit einem Schlag müßte ein Gedanke alle Hirne durchzuden: diesem Wirrwarr, dieser Zersplitterung im bürgerlichen Lager eine geschlossene Nacht entgegenzustellen. Was könnte die Masse des mit Kopf und Hand arbeitenden Volkes morgen politisch bedeuten, wenn sie sich heute noch entschließt, eins zu sein! Leider gibt es noch allzu viele, die glauben, sie könnten die Position der Arbeiter im Klassenkampf dadurch stärken, daß sie im Arbeiterlager dasselbe Durcheinander anrichten, wie es bei den Bürgerlichen besteht.

Spitter und Trümmer, Trümmer und Spitter, rechts und links, links und rechts. Eine starke, einheitliche Sozialdemokratie ist die Trägerin der Zukunft!

Deutschnationale Lügenbeuterei.

Dröbner „behauptet“ und knickt dann.

In der Berliner deutschnationalen Presse veröffentlicht der Bundtagsabgeordnete und „Geheim Oberregierungsrat a. D.“ Dr. v. Dröbner folgenden Briefwechsel, den wir als Dokument deutschnationaler Wahrheitsliebe hier vollständig wiedergeben:

Der Preuß. Ministerpräsident. Berlin W. 8, den 17. März 1924. S. R. 11. 766. Wilhelmstr. 63.

In Ihrem in Nr. 34 des „Tag“ enthaltenen Artikel „Die Zerrüttung der preussischen Verwaltung“ haben Sie Behauptungen, die ein der Deutschen Volkspartei, ein dem Zentrum angehöriger und ein „zurzeit sehr linksgerichteter“ preussischer Ministerialdirektor Ihnen gegenüber getan haben sollen, zum Ausgangspunkt Ihrer Ausführungen gemacht. Auf Befehl des Staatsministeriums hat wegen dieser angeblichen Behauptungen eine Rundfrage bei sämtlichen preussischen

Ministerialdirektoren stattgefunden. Ihr Ergebnis war negativ: sämtliche Ministerialdirektoren haben inhaltlich erklärt, daß sie zu Ihren Ausführungen bzw. den von Ihnen gezogenen Schlüssen keine Veranlassung gegeben hätten. Ich bitte erpedient, hierzu Stellung zu nehmen und Ihre Stellungnahme mir gefälligst bald mitteilen zu wollen. In Vertretung gez. Weichmann.

In das Mitglied des Bundtags Herrn Geheimen Oberregierungsrat a. D. Dr. v. Dröbner Abgeordnetenhause.

Darauf hat Dr. v. Dröbner folgendes geantwortet: Preussischer Bundtag. Berlin SW. 11, den 28. März 1924. Prinz-Albrecht-Str. 5.

Bei Rückkehr von einer Bahntour erhalte ich die gefällige, etwas verklausulierte Mitteilung vom 17. d. M. — S. R. 11. Nr. 766 —, nach der „sämtliche Ministerialdirektoren“ „inhaltlich“ erklärt hätten, „daß sie zu meinen Ausführungen bzw. den von mir gezogenen Schlüssen keine Veranlassung gegeben hätten“.

Die betreffenden Behauptungen sind in meinem Artikel wörtlich wiedergegeben. Sie enthalten Urteile, zu denen jeder Staatsbeamte berechtigt ist und die eine Befugnis des Staatsministeriums zu inquisitorischen Maßnahmen nicht begründen. Indem sie das Bestehen einer Minderheit und eines empfindenden Ministerpräsidenten behaupten, konstatieren sie Tatsachen, die notorisch sind, und die bei allen in den Traditionen des Ordnungstaates wurzelnden vorgebildeten Beamten ohne Unterschied der Partei und bis in die höchsten Kreise hinaus eine von Jahr zu Jahr gesteigerte Empörung auslösen.

Die demnach zu erwartende grundlegende Umgestaltung dieser bankrotten, staatszerstörend wirkenden Verwaltungsapparate wird übrigens nicht nur von berufsmäßig vorgebildeten Verwaltungsbeamten, sondern von einer großen Mehrheit des preussischen Volkes als dringlich empfunden. Blüchert trägt es zur Beschleunigung bei, wenn ich auch diesen Anlaß benutze, auf die fortschreitende Untergrabung und schwere Kompromittierung des preussischen Staates hinzuweisen, weshalb ich auch Ihr gefälliges Schreiben mit meiner Antwort der Öffentlichkeit übergebe.

Genehmigen Sie, Herr Ministerpräsident, den Ausdruck ausgezeichneter Hochachtung.

gez. Dr. v. Dröbner, M. a. D.

Abgesehen von dem anmaßenden Ton dieses Schreibens — der deutschnationale Abgeordnete wiederholt einfach Behauptungen, die ihm soeben als erlogene nachgewiesen sind, Entweder ist sich der Herr Abgeordnete und Geheim Oberregierungsrat a. D. sich der Wirkung seiner Worte nicht bewußt, dann kann er einem leidtun; oder aber er ist sich darüber klar, dann hat er drei führende Beamte des preussischen Ministeriums der Lüge bezichtigt! Wenn alle preussischen Ministerialdirektoren erklären, sie hätten dem Dröbner keinerlei Anlaß zu seinen Behauptungen gegeben, so hat entweder Dröbner erlogen oder die drei Ministerialdirektoren, die auf dienstliche Anfrage solche Auskunft gaben. Dröbner nennt die Namen dieser nicht, die ihm angebliche Mitteilungen machten. Er kann sie augenscheinlich nicht nennen, weil er sie nicht weiß, das heißt, weil sie von ihm erdacht sind. Denn wenn sie existierten, müßte er sie nennen, denn mit denen, die ihm solche Mitteilungen machen, so vorher aber abklingnen, könnte doch selbst Dröbner nichts anfangen, wenn er, der Sohn des Oberhofpredigers, etwa in Nähe an Stelle des Herrn Böhm preussischer Kultusminister werden sollte.

Die „Seelenlosen“.

Aus dem deutschvölkischen Wahlaufuf.

Soeben wird der Wahlaufuf der Deutschvölkischen veröffentlicht, der die schon hinlänglich bekannten Thesen gegen Judentum und Marxismus enthält. Nur ein Punkt ist von aktuellem Interesse. Die „Freiheitspartei“ versichert, daß sie in Front steht gegen

„die sich national nennenden, aber von den Hemmungen ihrer sozial rückständigen und überkapitalistisch-wirtschaftlichen Vorstellungen seelenlos gemachten allen Parteien der sogenannten Rechten, denen auch tausend völkische Fanfare kein völkisches Herz einbläuen können...“

Da gehen sich nun Hergt und Bestorp gleichermaßen Mühe, zu beweisen, daß sie an Antisemitismus die Genpölkischen noch über-

treffen, trotzdem Hergt die jüdischen Seher, Bestorp die jüdischen Wähler nur gar zu gern nahm. Bei den Völkischen finden sie keine Gnade. Sie sind die „seelenlos gewordenen Parteien der Rechten“ und müssen sich zudem beschleunigen lassen, daß sie — sozial rückständig sind! Auch die Deutschnationalen haben es nicht leicht im Kampf um die Dänen!

Freunde der Hakenkreuzler.

Die Münchener „Post“ hatte vor einiger Zeit behauptet, der bayerische Industriellenverband habe der „Völkischen Großdeutschen Arbeitsgemeinschaft“ unter der Bedingung 100 000 Goldmark angeboten, daß sie dem Verband von den zu erwartenden Mandaten zwei Sitze überläßt. Nach langem Schweigen muß der Verband nunmehr zugeben, daß die bayerische Industrie ihr nahestehende Parteien im Wahlkampf mit Geldmitteln unterstützt.

Einer Meldung der „Völkischen Zeitung“ zufolge hat sich die „Deutschvölkische Freiheitspartei“ in Medienburg für die Reichstagswahlpropaganda die Reichswehrmilitär aus Bajewalk mit Dauervertrag engagiert.

Zum Hakenkreuzprogramm bei der Feier für den im französischen Kerker verstorbenen Willi Dröber bemerkt das „Berliner Tageblatt“: „Völlig undogmatisch ist es, daß drei Minister der Republik, die Herren Jorres, Gehler und Graf Roonig, nicht rechtzeitig verlangt haben, eine Feier, an der sie sich mit Recht beteiligten und dem Tode den Dank des deutschen Volkes überbrachten, diese nicht zu einer Demonstration für den Hochverrat wegzerrt werden, und daß man, trotz der Beteiligung dieser drei republikanischen Staat vertretenen Minister, die Abzeichen, Uniformen und Hoymen der Staatsfeindschaft überhaupt zugelassen hat. Sogar das grotesk milde Münchener Urteil hat seine Stütze, daß Hülfer ein Hochverräter ist. Und drei Reichsminister — ein Demokratdarunter — haben gestern, unter den Augen der Welt, zwischen den Symbolen des Hochverrats gestanden, als sei solche Nachbarschaft die harmloseste Selbstverständlichkeit.“

Thüringer Justiz.

Die Fahnenstange des Kriegervereins.

Zu der Zeit, als das Bayerische Volksgericht in München zeigte, wie heute Hochverräter behandelt werden, verurteilte ein thüringisches Gericht, die Strafkammer beim Amtsgericht in Sondershausen, in einer Gerichtsverhandlung, welche in Kottleben stattfand, welchen ganz anderen Rechtschuh als die Verfassung die Fahnenstange eines Kriegervereins und sein schwarzweißrotes Fahnenkreuz gestehen.

Am 13. September 1923 wurde in Kottleben ein Mitglied des dortigen Kriegervereins verurteilt, und an der Verurteilung nahm der Verein mit Ruff und dem schwarzweißroten Banner teil. Diese Fahne, welche einem 1912 aufgelösten Kriegerverein gehörte, war nach einer in Kottleben wellenbreiteten Auffassung nicht Eigentum des Reichs, sondern wurde dem Kriegerverein, der die Fahne zum Aufstehen übergeben. Als der Kriegerverein bei der Beerdigung die Fahne trug, sah man dies als unbedeutend an, und außerdem empfanden die Arbeiter das Zeigen der Farben des Kaiserreichs als Verstoß gegen das Gesetz zum Schutze der Republik; infolgedessen forderten fünf Arbeiter, daß die Fahne zum Drischulzen gebracht werde. Die Mitglieder des Kriegervereins widersetzten sich dem, und es kam zu einem Gedränge und Gezerre, bei dem ein Angehöriger die Fahnenstange abmachte und ein Zylinderhut herunterfiel und eine Beule bekam.

Auf Grund dieses Todesfalles wurde wegen schwerem Landfriedensbruchs Anzeige erhoben und der Staatsanwalt beantragte gegen denjenigen, der die Fahnenstange abgenommen hatte, 1 Jahr Gefängnis, gegen drei andere Angeklagte 6 Monate und gegen den fünften Angeklagten 3 Monate Gefängnis. Bergschlich protestierte der Verteidiger, Genosse Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin, gegen die Anwendung des Landfriedensbruchsparagraphen und gegen die anorme Strafmaß. Das Gericht ging sogar noch über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und verurteilte einen Angeklagten zu

Unerhört!

Von Erna Häfing.

Es regnet. Unaussehlich klatschen die Tropfen auf den Asphalt der Lauenburgerstraße, die Schaufenster bekommen einen Behang von Niden, müddigen Schmutzspeichern, Fadedamm und Fußsteig werden ein brauner, breiter, schmieriger Brei. Die Menschen geraten in einen fröhlichen Temperamentszustand, und die Fäße treten bedächtlich auf, als ob der Schuh Angst vor den Tritten hätte.

Eine Filmbioa enttrippelt ihrem Kuts. Sie trägt braunseidene Schühchen mit Granatgraffe. Weht vorwärts und taucht sie doch tief in den Schmutz. Dieses Rodeospinnen hat sich selbst sehr verzogen und nennt das Künstlerwillen, starrt entsetzt auf die Schühchen und überlegt angestrengt, wenn sie die Schuhe wohl schenken kann, denn sie kann sie doch nicht wieder anziehen.

Die Dame, die nur Auto fährt, das heißt, wenn es jemand bezahlt, sitzt auf engen, tiefausgeschnittenen Schuhen und haben Haden hin und her, wie der Kranich im Zoologischen Garten, wenn im Raubtierhaus die Löwen brüllen. Sie verprügelt den Straßenschmutz im Schuh und durch den haushaltenen Strumpf hindurch unter den Fußsohlen. Sie geht hin und her, tritt abwechselnd hin und her mit den Fehenschuhen und her zuerst mit den Haden auf und erwehret, lächelnd, mit 51 Prozent Ausschlag auf Erfolg, den Anschlag.

Das junge Ding, das durchaus nobel sein will, hat zwar einwärtig gedeckelte Beine, trägt aber dennoch niedrige Schuhe, unter denen es die Haden bald wegwäscht. Die Schuhe haben, infolge des anormalen Deudens, sich seitlich gewiegt, sie schlürfen das Regenwasser auf und werden innen zu einer Straßenschmutzablagekammer. Aber, was macht's, das junge Ding kommt sich nobel vor und geht mit nassen, kalten Füßen über das Lauenburgerpflaster.

Die Naturfreundin, nicht aus Naturlieb, sondern aus modischer Kochschneemannier, schlüpft in Sandalen mit Hochmuster einher-Dusch, quatsch, bringen Schlamm und Regenwasser ein. So macht die Naturfreundin mit der Naturgewalt Bekanntschaft, sei es auch nur auf der Lauenburgerstraße.

Die vernünftige Frau geht selbstbewußt, sicheren Schrittes; sie trägt hohe, berbe Lederstiefel, die weder Regen noch Straßenschlamm durchlassen.

Daher kommt eine Welle der Entrüstung über die zivilisierten, kulturbewußten Dämlichkeiten. Und die Filmbioa, die Dame, die nur Auto fährt, das nobel sein wollende junge Ding und die Naturfreundin sind alleamt gleich aufgebracht, geschlossen in der Abwehrbewegung; sie müssen die vernünftige Frau, und in ihren Gefühnen steht das eine Wort: „Unerhört!“

Christus im Delodrom.

In den Ausstellungshallen am Kaiserdomm, an der Stätte, die einst eine Ausstellung herrlicher Delikatesswürste und Reislischen beherbergte, wo sich diese laiderliche Zeit im Glanze Tausender von Automobilen spiegelt, wo zuletzt die Sechstagelahrer die Weine müde traten, geht jetzt ein geistliches Schauspiel vor sich. Die Freiburger Volkspassion wird dort unter Leitung des Christus H. Faßnacht und seiner Familienmitglieder in einem prunkvollen Rahmen unter Aufwendung eines großen menschlichen Apparates und einer Kompanie von 2000 Berliner Fräulein und Kämmerlein gespielt. Auf einer ungeheuren Stufenstufe, die nach hinten ansteigt, erhebt sich eine palastartige Tempelfront mit Kuppeln in die Sunde Jerusalem und im Mittelbogen auf den Delberg und Golgatha. Es ist alles sehr schön und fest aufgebaut, und die Massen sind bemüht, so zwanglos wie möglich sich in der Rolle des Volkes von Jerusalem zu bewegen. Die Freiburger Passionspieler haben von Reinhardt und Lehner gelernt, sie arbeiten mit Vorhängen sehr geschickt und wissen die Beleuchtung in ihren Dienst zu stellen. Vom alten Volksschauspiel, wie es Oberammergau pflegt und wie es die Freiburger auch in ihrer Heimat gut und eindrucksvoll vor Augen führen, ist fast nichts mehr übriggeblieben. Mittelmäßige Darsteller, die es nur sehr selten verstehen, den Zuschauer aus der Vangswelle zu reißen, die ihn bei den breiten Abhandlungen unwillkürlich überfällt. Im großen und ganzen verläßt man sich allzu sehr auf den großen Apparat, der allerdings zur Zufriedenheit funktioniert, aber das Ursprüngliche und Echte, das vielleicht in diesen Menschen lebt, völlig unterdrückt. Der Christus Faßnacht ist gut im Bildhaften, gut in der Gestalt, aber keine Worte erschüttern nicht. Die stärkste Leistung gab der Jude eines ungenannten Dorschellers. Der tragische Höhepunkt der Leidensereignisse, die Kreuzigung, brachte es nur ganz kurz zu einer starken Wirkung.

Es geht eben nicht an, diese Passionsspiele von der Stätte, wo sie gebauet, in eine Best zu verpflanzen, die ihr fremd und läßl gegenübersteht.

Die Entdeckung einer Ruinenstadt im Urwald.

Eine Ruinenstadt der alten Maja-Kultur, wie sie früher nach niemals auf dem ganzen amerikanischen Kontinent aufgefunden wurde, ist von dem englischen Archäologen Dr. Gann und dem forschungsreisenden Mitchell Hedges im Herzen von Britisch-Honduras entdeckt worden. Die romantischen Umstände, unter denen dieser großartige und in seiner Ausdehnung einzig dastehende Fund gelang, werden von Mitchell Hedges in einem Telegramm aus Belize in Britisch-Honduras geschildert. In zwei Kanoes waren die Reisenden mit karibischen Indianern den Rio Grande hinaufgefahren, als Dr. Ganns Boot umschlug und die Reisenden sich an Land retten mußten unter Verlust ihrer Borräte. Sie waren nun gezwungen, im undurchdringlichen Urwald voranzudringen.

„Der Urwald war von Ungeheuer verpestet“, schreibt der Forscher, „und wir wurden fast bei lebendigem Leibe von den Moskitos auf-

gefressen. Wir kehrten nach Punta Gorda zurück und versuchten nun zu Pferde den dichten Wald zu durchdringen. Die Pferde sanken öfters im Sumpf bis an den Hals ein. Wir erreichten endlich ein Indianerdorf namens San Pedro. Die Bevölkerung steht auf einer sehr tiefen Kulturstufe, die Frauen tragen nur oberhalb der Taille Kleider. Mit unseren vier Führern, die Maja-Indianer waren und Kerle sowie lange Messer mitführten, schritten wir uns durch den Weg durch den Busch, fanden an einem Fluß, den wir im Boot überqueren, und wohnten uns dann wieder mehrere Kilometer weit den Weg durch das Dickicht, bis wir ganz unvermutet vor einem ungeheuren Schutthügel standen. Die Indianer wälzen hier Bäume und suchen den Urwald zu lichten. Nun erkannten wir, daß es eine riesige Erdpyramide war, von mächtigen Blöcken aus Sandstein und Kalkstein umrahmt. Die Steinbauten erhoben sich zu einer Höhe von 300 Fuß über dem Tal. Wir wir weiter im Busch vorbrangen, fanden wir eine Reihe von Terrassen, die sich treppenartig aufreichten, alle auf einer ungeheuren Terrasse stehend, auf der sich sechs mächtige Steinpyramiden befanden. Die Terrassen allein umfassen einen Raum von etwa 2 Quadratkilometer. Es war unmöglich, die ganze Ausdehnung der Ruinen zu beurteilen. Aber es können im ganzen mehr als hundert Quadratkilometer sein. Später gelangten wir zu einer mächtigen Steinpyramide von 35 Fuß Breite, die hinaufführt zu dem Gipfel einer Steinpyramide von 132 Fuß Länge und 36 Fuß Breite. Auf dem Gipfel dieses Bauwerks entdeckten wir die Überreste eines feineren Grabgewölbes, das eingestürzt war. Nach Dr. Ganns Ansicht waren alle diese riesigen Bauten Grabgewölbe der Priester und Könige und gehörten wahrscheinlich der ersten Dynastie des Maja-Reiches an. Die augenscheinliche Abwesenheit von Steininschriften bestärkt diese Annahme. Man wird dadurch ganz neue Aufklärung über die Anfänge der Maja-Kultur erhalten. Nach den Berichten der eingeborenen Indianer erstrecken sich diese Ruinen viele Kilometer nach jeder Richtung und stellen wahrscheinlich die größte Niederlassung der Ureinwohner auf dem amerikanischen Kontinent dar. Wir taufen die Stadt Subaantun, was in der Maja-Sprache soviel bedeutet wie „Verfallene Steine“. Infolge des Verlustes unserer Pferde mußten wir die Rückreise nach mehr als 50 Kilometern nach Punta Gorda auf dem Fuhr machen. Wir ritten sehr unter Raturmangel.“ Nachdem die Entdeckung in Belize der Regierung Bericht erstattet hatten, arbeiten sie eine Ausgrabungsarbeiten und wollen schon in diesem Jahr die Forschungen arbeiten aufnehmen, die infolge der Lage der Ruinenstadt im dichtesten Urwald natürlich große Schwierigkeiten bieten und große Kosten verursachen werden. Die Funde sollen, soweit es möglich ist, nach England übergeführt werden.

Mail. „Biele-Georgina“ gibt Sonntag nachm. 7/1, Uhr in der Villaharmonie ein Konzert „Frühling und Abend“. Goldstein und Emil Dann-Burger (Sopran) und Hans Anschlag-Wissenschaftler (Bass). Der Chor hat ein neues Programm einstudiert; mehrere Schöpfungen des Dirigenten Rudolf-Körber. Die Anschlag erleben ihr Urkonzert.

Die neue Reinhardt-Bühne in Wien, das alle Jollenstädter Theater, prächtig renoviert ist, wurde mit Goldmark-Rendite. Der Wiener „Neue Theater“ eröffnet. Reinhardt hatte einen großen Erfolg.

einem Jahr, drei zu je neun Monaten und einen Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis.

Das Urteil ist um so ungeheurer, als die Fahne in der Verhandlung vorlag und festgelegt wurde, daß nicht nur nicht die Fahne und ihre Spitze und schließlich war, sondern daß sogar nicht einmal der Träger, der an der Spitze befestigt war, Schaden genommen hatte.

Charakteristisch für diese moderne Thüringer Justiz war in der Verhandlung folgender Zwischenfall: Die Angeklagten hatten behauptet, daß der Vorsitzende des Kriegervereins bei dem Zusammenstoß mit den Arbeitern gerufen hätte: „Wir können die Fahne tragen, die Republik ist gestürzt.“ Die Kriegervereiner bestritten dies, ein Arbeiter aber behauptete es. Daraufhin erklärte der Staatsanwalt den Zeugen wegen Meinungs für verhaftet. Infolgedessen beantragte Genosse Rosenfeld vor der Urteilsverkündung, nochmals in die Verhandlung einzutreten und nach einem Zeugen darüber zu vernahmen, daß die Worte vom Sturz der Republik gefallen seien. Das Gericht gab diesem Antrage statt und in der Tat beschwor nun ein weiterer Zeuge, daß der Vorsitzende des Kriegervereins in der Tat gerufen habe: „Die Republik ist gestürzt.“ Der Staatsanwalt konnte nunmehr nicht umhin, den schon für verhaftet erklärten Zeugen wieder freizulassen; natürlich erlebte man aber nicht, daß jetzt der Vorsitzende des Kriegervereins verhaftet wurde. Bei den jetzt in Thüringen herrschenden Justizverhältnissen dürfte er vor einer Anklage sicher sein.

Schließlich sei noch bemerkt, daß das Gericht auf den Antrag der Verteidigung, den Verurteilten Strafausspruch zu gemildern — ganz anders als das Volksgericht gegenüber den Hitlerleuten —, gar nicht einging.

Banken in Zahlungsschwierigkeiten.

Die Unsicherheit, die erneut in den Börsenverkehr gekommen ist durch die Zahlungsschwierigkeiten verschiedener Bankgesellschaften in der Provinz, charakterisiert die Tendenz der heutigen Effektenmärkte. Die Stimmung war lustlos, die Kurse kräftigsten meiste ab. Es verlautete an der Börse, daß noch mit weiteren Zahlungsschwierigkeiten im Bankgewerbe zu rechnen sei. Außerdem wirkt auch die inangewöhnliche Verflechtung des Geldmarktes einer Geschäftsbesserung entgegen. Heute wurde für täglich Geld 1% pro Woche täglich, und für valorisierte Monatsrente 3 bis 3½ Proz. gefordert. Hinzu kommen auch politische Momente eine Rolle. Die widersprechenden Meldungen der Pariser Presse über den angeblichen Inhalt des Sachverständigenberichts tragen wesentlich zur Erhöhung der Nervosität bei.

Auch die weitere Steigerung des französischen Franc, die gestern nachmittags eintrat und die sich heute noch behauptet, gibt Anlaß zu der Annahme, daß die deutsche Geschäftswelt, besonders des besetzten Gebietes, durch die starken Schwankungen der französischen Valuta erhebliche Verluste erleidet. Es handelt sich dabei nicht um Frankenspekulationen, sondern um die nunmehr zu erheblichem Frankkurs erfolgende Abnahme der in Frankreich besetzten Waren. Heute wurde an der Berliner Börse im Tauschverkehr für das englische Pfund 79 bis 78 Franc bezahlt.

Die Sachfrage nach Devisen bleibt ziemlich hart. Immerhin scheinen die industriellen Kreise nicht mehr so große Anforderungen zu stellen, da sie hoffen, in absehbarer Zeit Devisen durch die Golddiskontbank zu bekommen.

Ermäßigung der Börsenumschlagsteuer.

Mit Wirkung vom 7. April tritt gleichzeitig mit der Herabsetzung der Bankprovisionen eine Ermäßigung der Börsenumschlagsteuer bei Aktien und Obligationen in Kraft. Die Steuer beträgt künftig regelmäßig 1,5 Proz. für Kundengeschäfte und 0,4 Proz. für Händlergeschäfte, bei Obligationen der deutschen Länder und Gemeinden 1,2 Proz. für Kundengeschäfte und 0,3 Proz. für Händlergeschäfte. Im Interesse der Kleinanleger wird abweichend von der bisherigen Regelung die Steuer der Aktien nach einem Grundbeitrag von 10 Goldmark berechnet. Die vorstehende Regelung ist enthalten in der Verordnung über die Umstellung der Wertpapiersteuer und der Börsenumschlagsteuer auf Gold vom 2. April 1924, abgedruckt in Nr. 80 des „Reichsanzeigers“ vom 3. April 1924. Die Verordnung bringt außerdem noch die Zusammenfassung der Börsenumschlagsteuerordnungen.

Der Auktionsverkauf in England.

London, 3. April. (SP.) Der Arbeitsminister teilte im Unterhaus mit, daß die Regierung demnächst im Unterhaus eine Vorlage über den Auktionsverkauf einbringen werde, und zwar unabhängig davon, ob die ausländischen Regierungen eine ähnliche Maßnahme ergreifen.

Konservativer Antrag gegen die Kapitalabgabe angenommen.

London, 3. April. (WLB.) (Unterhaus.) Im Verlauf der Beratung über einen konservativen Antrag, in dem erklärt wird, die Erhebung einer Kapitalabgabe würde verhängnisvoll in der Frage der Beschaffung von Arbeit für die Arbeitslosen sein, sagte Caines, die Regierung könne keine Kapitalabgabe vorschlagen, bevor sie nicht die große Mehrheit des Landes hinter sich habe. Inoffiziell gebe es kein anderes Mittel, die nationale Schuld, deren Zinsen eine Million Pfund Sterling betragen, wesentlich herabzusetzen. Das Land würde binnen kurzem begreifen, daß die Kapitalabgabe eine ernste Notwendigkeit sei, die vom Parlament behandelt werden müsse. Der konservative Antrag wurde darauf mit 223 gegen 160 Stimmen angenommen.

Nichts ist für eine Zweidrittelmehrheit leichter, als von Zeit zu Zeit ihr zahlreiches Uebergebot zu demonstrieren. Die Annahme des konservativen Antrages, der eine Verurteilung der — von der Regierung gar nicht eingebrachten — Kapitalabgabe, enthielt, bezweckte offenbar, die Arbeiterregierung zu demütigen. Da indessen die bürgerlichen Parteien selbst kein eigenes Rezept wissen, um das drückende Problem der schwedenden Schuld zu lösen, dürfte die Wirkung dieser Demonstration auf die englischen Massenmassen eine ganz andere sein als es ihre Urheber wünsch.

Die bürgerliche Mehrheit hat übrigens in der gleichen Sitzung einen Gesetzentwurf des Gesundheitsministers überlassen zu Fall gebracht, der die Arbeitslosen vor der Spülkammer schützen sollte. Der Entwurf mußte angesichts des Einspruchs der Arbeiter zurückgezogen werden. Auch dieser „Sieg“ der Bürgerlichen mag ihnen teurer zu stehen kommen als der Arbeiterpartei ihre „moralische Niederlage“.

London, 3. April. (WLB.) Das Unterhaus schloß mit 207 gegen 156 Stimmen einen Antrag mehrerer Arbeitermittglieder ab, die Todesstrafe für militärische Verbrechen abzuschaffen. Ferner wurde mit 193 gegen 120 Stimmen ein Antrag abgelehnt, wonach Verurteilte das Recht erhalten sollen, bei einem öffentlichen Gerichtshof Berufung einzulegen. Wie Todesurteile im Hoers werden von sechs militärischen Stellen nachgeprüft.

Der Haushalt Berlins 1924.

Das Reichsrechnungamt des Reichspräsidenten teilt mit: Der Berliner Haushalt für 1924 liegt jetzt im vorläufigen Abschluß vor. Es ist gelungen, Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Allerdings ist dabei die 3. Steuernverordnung (Einkommensteuer und Wegfall der Zuschüsse zu den sozialen Posten) nicht berücksichtigt. Ebenso nicht die Erhöhung, welche Gehälter, Vergütungen und Löhne vom 1. 4. 1924 ab erfahren. Ob die Einkommensteuer in der ursprünglich beschlossenen Höhe ausreichen wird, um diese Mehrausgaben zu decken, steht noch nicht fest. Im übrigen ist der Haushalt aufgebaut auf dem Preisstand des verflochtenen Vierteljahres. Er schließt im Ordinarium in Einnahme und Ausgabe mit rund 314 Millionen ab, während im Extra-Ordinarium (Anleihen) nur 3 Millionen Goldmark vorgesehen sind. Das nötige Verfügen des Anleiheemittlers macht einwilligen jede außerordentliche Wirtschaft umschichtig.

Von den Ausgaben entfallen rund 134 Millionen auf die Zentrale Verwaltung, rund 180 Millionen auf die Bezirksverwaltung. Von dieser letzteren Zahl wiederum entfallen rund 78 Millionen auf die 6 Innenstadtbezirke, rund 104 Millionen auf die 14 Außenbezirke. Unter den Einnahmen erscheinen die Steuern mit 187 Millionen, die Ueberschüsse der Werte mit 7 Millionen. Im Vergleich zur Vorkriegszeit ist der Anteil der Werte gering. Sie werden künftig in erheblich stärkerem Umfang die Kämmerei entlasten müssen. Von den Steuern entfallen rund 67 Millionen auf den Anteil an der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer, rund 14 Millionen auf den Anteil an der Umsatzsteuer. Die Grundsteuer ist bei 100 Proz. Zuschlag wie bisher mit 31 Millionen, die Gewerbesteuer bei 1 Proz. Lohnsummensteuer und 3 Proz. Grundsteuer mit 40 Millionen eingestellt.

Der Magistratsabbau.

Im Großen Stadtschuldenrat, der die Neubestellung der Bürgermeisterei und den Abbau des Berliner Magistrats zu regeln hat, wurde heute vormittag für die Stelle des Stadtschuldenrats für das Verkehrsamt und über die Stadtmagistratsstelle beraten. Mit einer Zustimmung von einer Stimme wurde der Abbau des Stadtschuldenrats für das Verkehrsamt beschlossen, während eine Mehrheit sich für die Beibehaltung der Stadtmagistratsstelle entschied. In der nächsten Sitzung wird über die Stelle des Stadtschuldenrats entschieden werden, um die zweifelhafte der eigentliche Kampf geht. Im übrigen sind alle diese Beschlüsse als Beschlüsse erster Beratung des Ausschusses zu betrachten. Der Magistrat — anders kann man es nicht bezeichnen —, der ohne jede Ueberlegung zu zusammenbeschlossen wird, ist in der Tat derart, daß eine Korrektur unvermeidlich ist. Wir weisen ja schon darauf hin, daß die „Germania“ von den ersten Beschlüssen deutlich abwich, und es ist offenes Geheimnis, daß auch in anderen bürgerlichen Parteien man einleitet, daß Berlin nicht gut zu einem Archipel mit 8 Stadtkämtern gemacht werden kann.

Der Ausschuss, der die Ausübung der eingegangenen Bemerkungen für die Bürgermeisterei vornehmen soll, tritt erst morgen zusammen. Bei einer solchen Geschäftsablage ist jetzt schon in gut wie sicher, daß wirkliche Umänderungen nach den Reichstagswahlen, die natürlich in den nächsten Wochen auch den Geschäftsgang der Stadtschuldenratensverwaltung beeinflussen werden, nicht zu erwarten sind.

Das Geständnis eines zum Tode Verurteilten.

Klärung des Mordes von Hohenneudorf?

Der Mord von Hohenneudorf, der vor ungefähr zwei Jahren großes Aufsehen erregte, beschäftigt nun neuem die Kriminalpolizei. Am 14. Juni 1922 wurden aus der „Sage“, einem an der Straße Hohenneudorf-Bergstraße mitten im Walde gelegenen kleinen See, zwei Pakete mit verschiedenen Teilen einer menschlichen Leiche gefunden. Noch ärztlichem Gutachten handelte es sich um einen mittelgroßen, etwa 30—40 Jahre alten Mann mit soltem langem dunkelblondem Haar und vermutlich einem dunkelblonden Schnurrbart. Die Person des Ermordeten, der anscheinend aus der Landbevölkerung stammte, ist bisher noch nicht festgestellt. Nun wurde im vergangenen Jahre in Durina ein Arbeiter namens Wilhelm Kumpfen, nachdem er seine Geliebte, eine Frau Hedwig Kuz geborene Hampel, mit dem Haken erdrosselt, sich mehrere Tage bei der Leiche in der Wohnung aufhalten und dann die Leiche zusammengepreßt und in einen Sack gesteckt hatte, um sie zu vergraben. Zum Tode verurteilt, erklärte dieser Mörder, daß er jetzt gleich noch einen anderen Mord mitzubringen wolle, den von Hohenneudorf bei Berlin. Hier habe er einen Mann umgebracht, nämlich in den Besitz eines Wertes zu gehen, das dieser besitzen habe. Dem Namen des Ermordeten zu nennen, weigerte er sich. Wilhelm wurde jetzt nach Berlin gebracht und bereits wiederholt verhört. Nunmehr hat er sein Geständnis widerrufen und behauptet, daß er mit dem zweiten Mörder nur habe prahlen wollen. Die Kriminalpolizei stellte aber fest, daß Wilhelm zur Zeit des Hohenneudorfer Mordes in Borsdorf bei Oranienburg gemohnt hat. Dort kam er auch seine Geliebte, die Frau Hedwig Kuz, kennen. Mit ihr zog er dann nach Durina, weil sie dort Verwandte hatte. Es ist ferner erwiesen, das Wilhelm in Berlin viel in Verkehrskreisen verkehrte und daß bei ihm das Wasser sehr locker lag. Der Verdacht hat nachsicherlich unter solchem Namen gelebt, so bestimmt unter dem Namen Oskar Döring. Als die ihn aus seiner Berliner und Borsdorfer Zeit unter seinem richtigen Namen oder auch unter dem Namen Oskar Döring kennen und über sein Tun und Treiben Auskunft geben können, werden erucht, sich unverzüglich bei Kriminalkommissar Treplin im Zimmer 103 des Postgepräsidiums melden.

„Judenbilder.“

Ein Akt von ungewöhnlichem Bombastismus und außerordentlich roher Bekämpfung des Amstgerichtes Schöneberg. Wegen Sachbeschädigung waren der Kaufmann Donath, der Oberegierungsdirektor Schulz und der Kaufmann Schaar angeklagt. Als ermittelte, wurden im Juli vorigen Jahres nicht eine ganze Anzahl Bilder von Rechtsanwälten und Beratern mit jüdisch klingenden Namen in der Umgebung des bayerischen Platzes gestrichelt. Donath soll am nächsten Tage gestrichelt haben: Mit diesem Streich hat mein Freund Schulz die Judenbilder gestrichelt. Rechtsanwält Dr. Ariar Brandt hielt als Vertreter der geschädigten Partei und Rechtsanwalt die Angeklagten Schulz und Donath für überführt und beantragte deren Bestrafung, hat jedoch, trotz der Rohheit der Erklärung, von einer Geldstrafe von 1000 M. Abstand zu nehmen. Das Gericht erkannte gegen Schulz und Donath auf eine Geldstrafe von je 100 M. Von einer Gefängnisstrafe wurde nur mit Rücksicht auf deren bisherige Unschuldhaftigkeit Abstand genommen. Der dritte Angeklagte wurde mangels Beweises freigesprochen.

Stadt Berlin und Kreis Teltow.

Ueber den im „Vorwärts“ mehrfach erörterten Streit der Stadt Berlin und des Kreises Teltow um das Kreisstrassenhaus zu Lichterfeld äußerte sich nach dem Berliner Hauptstadtschuldenrat, zu der vom Kreisrat dem „Vorwärts“ überlieferten Verfügung (vgl. Nr. 148 vom 23. März), die sich in Wortlaut der Verfügung, nicht die Darstellung des Hauptstadtschuldenrates in Teltow. Zunächst sei die Einigung in der Tat bezweigen nicht zulässig gekommen, weil der Kreis auf ein Widerverwaltungsrecht der Stadt nicht eingegangen war. Eine Einigung über die Form der Kosten-

Unterlegung und der Mitverwaltung sei schließlich erst durch den Schiedsgericht vom 11. März erzielt worden. „Berlin konnte“ sagt das Hauptstadtschuldenrat, „auf ein Widerverwaltungsrecht schon bezweigen nicht verzichten, weil der Kreis seinen Weg bereitet war. Berliner Strafe und Strafe aus dem Kreis Teltow bezüglich der Kosten gleich zu behandeln.“ Mit dieser von der Stadtverwaltung kommende Erklärung der Verfügung des Kreisratens schließt die Diskussion.

Die Wählerversammlungen am Mittwoch.

Am 1. Wahlkreis sprach Genosse Hirsch vor einem prall vollen Saal. Seine ruhigen Ausführungen, seine Kritik an den Regierungsmassnahmen, seine treffliche Charakterisierung der Landwirte, Hirsch, Herzog und anderer nationaler Herren seine erste Warnung an die Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß rechts und links nicht Trumpf wird im neuen Reichstag, fanden allgemeinen Beifall. In der Debatte sprachen zwei Kommunisten, als dann plötzlich, wie wir im heutigen Morgenblatt bereits mitgeteilt haben, ein kommunistischer Streiktrupp eine blutige Schlägerei inszenierte, die eine treffliche Illustration war zu den Worten der kommunistischen Debattanten, daß das Heil für die Arbeiterschaft nur von den Kommunisten komme!

In einer Kreisversammlung im Schulhof in der Höhebeide sprach Genosse Eduard Bernstein. Die Kommunisten hatten es von Anfang an auf eine Stärkung der Versammlung abgesehen. Eine doppelte Ordnerreihe hielt aber den Eingang von Worten nach dem Versammlungssaal besetzt. Einige bekannte Arbeiter wurden bereits vor Beginn an die frische Luft geführt. Trotzdem erhob sich gleich nach Eröffnung, noch ehe Genosse Bernstein seine Rede begonnen hatte, ein Tumult, um den Redner gar nicht erst beginnen zu lassen. Unfreie Ordner machten diesen „Schauspiel“ ein schnelles und unanfechtbares Ende, indem sie diese Redner über den Saal warfen. Genosse Bernstein konnte sein 14-minütiges Referat unter Spannung nicht nur zu Ende bringen, sondern auch die Diskussion vertiefen, obwohl einige kommunistische Redner provozierend sprachen ohne Zwischenfall.

Ueber das Thema „Der neue Reichstag“ referierte Gen. Barthelemy in einer Wählerversammlung in Friedenau. Der Redner behandelte die Stellung der Partei zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre und wandte sich scharf gegen die Diktaturbestrebungen von rechts und links. Besonders kennzeichnend ist das Bestreben interressierter Kreise, den Reichstag in jeder Weise vor der Öffentlichkeit herabzusetzen — was allerdings im Gegensatz zu ihrem eigenen Mandat steht und beweist, wie sehr diese Herrschaften den Reichstag als politisches Instrument zu schätzen wissen — vorausgesetzt, daß er ihren eigenen Wünschen entspricht. In der Diskussion sprach ein Anhänger der republikanischen Vetterpartei, sowie mehrere Kommunisten, die aber gegen die sachlichen Ausführungen des Referenten nichts Entsprechendes vorbringen konnten.

Grundvermögenssteuer und Kleingartenpächten.

Nachdem durch Verfügung des Finanzministers vom 14. Januar d. J. über die Nachprüfung und Berücksichtigung der Vermögensgrundlagen der Grundvermögenssteuer diese Prüfung insbesondere für die „unbedeutenden, in der Umgebung von Städten und Industriestädten gelegenen Grundstücke“ angeordnet ist, dürfte sich, heißt es in einem Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt, ein Weg finden lassen, um auch das Kleingartenland vor übermäßiger für die Kleingärtner untragbarer Grundsteuerbelastung zu schützen. Insbesondere bietet die Bestimmung der genannten Verfügung hierzu einen Weg, in der es heißt, daß Grundstücke des erwähnten Art nicht mehr in dem Umfang wie vor dem Krieg als Baugebäude angesehen werden können, weil die Bebauungsmöglichkeit nicht mehr in dem Maße wie in der Vorkriegszeit besteht. Diese Beurteilung wird auf die meisten Kleingartenflächen zutreffen, und Ueberforderungen dieser Flächen dürfte es so aber zu vermeiden sein, als es in der genannten Verfügung weiter heißt, daß „auch in Zweifelsfällen es zur Vermehrung von Steuerhärten zweckmäßig sein werde, die Grundstücke nach dem Ertragswert zu bewerten“. Bei einer Bewertung nach diesem Gesichtspunkt besteht kein Zweifel, daß die Grundvermögenssteuer eine den Kleingärtnern selbst tragbar erscheinende Höhe nicht übersteigen wird. — In einer gemeinsamen Verfügung des Ministers des Innern und des Finanzministers wird ausgeführt, daß bei Grundbesitz, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, und deren Gesamtwert bis zu 200.000 M. beträgt, der Steuerfuß mit Wirkung vom 1. Februar dieses Jahres ab herabgesetzt worden ist. Demnach werden die Gemeinden, die Zuschüsse zur staatlichen personalen Grundvermögenssteuer erheben, bei Weitererhebung der Zuschüsse auf Grund der bisherigen staatlichen Veranlagung gegebenenfalls mit erheblichen Rückzahlungen an die Steuerpflichtigen zu rechnen haben. Es wird ihnen deshalb empfohlen, von der vom Finanzminister in seinem Erlaß vom 7. Februar getroffenen vorläufigen Regelung bei der Erhebung der in diesem Monat fälligen Steuerrollen Gebrauch zu machen.

Der gestrige öffentliche Reden ist nach Ansicht des „Reichsanzeigers“ keinesfalls durch die Wulle-Louisonen verursacht worden. Die Wahrheit Schuldigen sind vielmehr die Republikaner, denn diese unverschämte Gesellschaft wollte die Fahnen der Republik auf den Straßen zeigen, während die Reaktionäre ihre schwarzweißen Hochverräterbanner nicht entlassen wollten. Es ist zweifellos ganz unerträglich, daß in der deutschen Republik die schwarzweißen Fahnen überhaupt und irgendwo aufgestellt werden dürfen. Aber diese Einstellung des reaktionären Blattes kann nicht wundernehmen, wenn man sieht, wie selbst Vertreter der Reichsregierung nicht die Energie zu einem rationalen Verhalten zur Republik aufbringen. Man stellt sich einmal vor, zu Wilhelm von Doornik Zeiten hätten Sozialdemokraten sich an einer öffentlichen Kundgebung mit roten Fahnen beteiligen dürfen und sie hätten dann in sehr handgreiflicher Weise geäußert, daß die schwarzweißen Fahnen „eingeworfen“ werden! Die ganze reaktionäre Meute wäre ob solcher Handlung in hysterischer Schreckenshölle verfallen. So ganz wie mit öffentlichen Hochverräter in München wäre man mit den Trägern der roten Fahnen zweifellos nicht verfahren.

16 Proz. Haussteuer. Die der Amtliche Preussische Preisdienst mitteilt, hat das Staatsministerium in seiner Sitzung am Dienstag beschlossen, der Haussteuer in der vom Ständigen Ausschuss des Preussischen Landtags festgelegten Fassung anzunehmen. Es ist somit die Haussteuer auf 16 Proz. festgelegt.

Die Straßenbahnlinie 70, Friedrichsde—Niederhöhenstraße, wird ab 3. April bis Sonnabend verlängert.

Die Schulung des sozialistischen Schulmeisters findet heute abend 7½ Uhr im Konferenzlokal der Bornhöfen-Reaktion statt. Genosse August Meißner, Liebenbergstr. 3, beginnt am 1. April sein sozialistisches Schulmeisters. Gen. Meißner ist nach seinem Willen noch richtig für die Dauer tätig.

Ein folgenschwerer Kurzschluss. Aus Mexiko wird gemeldet, daß eine Feuerbrunst in einem Kintheater von Tucson, Arizona ausbrach, bei der zahlreiche Zuschauer durch den elektrischen Strom einer Hochspannungslinie getötet wurden. Andere wurden auf der Straße von der Wange zertrampelt. Man zählt über 20 Tote und fast 80 Verwundete. Ursache des Unglücks war Kurzschluss.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreisvereinsleiter Bern. Leiter des Oberverbandes der sozialistischen Arbeiterpartei mit der über die Stadt Berlin. Unter anderem wichtige Sitzung Freitag, 4. April abends 7 Uhr, bei Frau. Termin: 10 Uhr. 2. Sitzung. Freitag, 10 Uhr. 3. Sitzung. Freitag, 10 Uhr. 4. Sitzung. Freitag, 10 Uhr. 5. Sitzung. Freitag, 10 Uhr. 6. Sitzung. Freitag, 10 Uhr. 7. Sitzung. Freitag, 10 Uhr. 8. Sitzung. Freitag, 10 Uhr. 9. Sitzung. Freitag, 10 Uhr. 10. Sitzung. Freitag, 10 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Der Konflikt in den Pflegeanstalten.

Einstweilen wieder Achtstundentag.

Wie uns mitgeteilt wird, hat der Oberbürgermeister gestern die Verfügung, wonach in den städtischen Pflegeanstalten ab 1. April die 10 stündige Arbeitszeit eingeführt werden soll, einstweilen bis zur weiteren Regelung außer Kraft gesetzt. Bis dahin bleibt also als regelmäßige Arbeitszeit die 8-Stunden-Woche bestehen. Da infolge der Entlassungen ein Personalmangel eingetreten ist, sollen jedoch bis auf weiteres Überstunden gemacht werden.

Mit dieser Verfügung ist der Konflikt in den städtischen Pflegeanstalten vorläufig beseitigt. Das Personal erklärt sich bereit, einstweilen die notwendigen Überstunden zu machen. Vom Gemeinde- und Staatsratsherrverband werden dem Magistrat konkrete Vorschläge zur Regelung der Arbeitszeit unterbreitet werden.

Wir können nur wünschen, daß der Magistrat und die Staatsratsherrversammlung diesen Vorschlägen Rechnung trägt. Nichts wäre mehr bedauerlich, als ein Konflikt in den städtischen Pflegeanstalten. Doch es ist einig ausgefallen ist, heute in der Reichshauptstadt den Achtstundentag wieder einzuführen, darüber werden sich Magistrat und Staatsratsherrversammlung hoffentlich in Eile einig sein. Schon rein psychologisch ist das unmöglich. Der Versuch allein ist für den Ruhm der Stadt Berlin tief beschämend.

Betriebsrätewahlen.

Über die Betriebsrätewahlen am 26. und 27. März im Ruhrbergbau liegen die endgültigen Resultate noch nicht vor. Bis heute ergibt sich folgendes Bild: Die freien Gewerkschaften haben ihren Mandatsbesitz im allgemeinen behauptet, in einigen Bezirken sind sogar Zunahmen zu verzeichnen. In dem nördlichen Bezirk des Ruhrgebietes (Recklinghausen-Gelsenkirchen) und auf den untern Rheinischen Zechen haben die radikalen Verbände der Unionisten und Syndikalistischen an Boden gewonnen. Das macht sich besonders da bemerkbar, wo die Polen einen größeren Prozentsatz der Belegschaft bilden. Dasselbe Erscheinung ist in den von der Regie betriebenen Anlagen zu beobachten. Auf der Regiezeche „König Ludwig“ erhielten z. B. die freien Gewerkschaften 391, die Christlichen 339, die Unionisten aber 1512 Stimmen. Im Bochumer Bezirk, der etwa 25 Schachtanlagen umfaßt, ist die Mandatsverteilung im allgemeinen unverändert. Von den Mandaten entfallen auf die freien Gewerkschaften 105, auf die Christlichen 41, auf die Unionisten 50. Auch im Essener Bezirk haben die Gewerkschaften der Arbeitsgemeinschaft im großen und ganzen ihren Mandatsbesitz gehalten. Gruben, deren Belegschaften bei der vorigen Wahl die gelbe Richtung bevorzugten, sind jetzt ins kommunistisch-syndikalistische Lager übergegangen. So haben auf den Zechenanlagen „Victoria Rotbühl“ (Gustav, Helene, Jolanda) die Unionisten und Syndikalistischen einen starken Stimmenzuwachs. Im unbesetzten Ruhrgebiet ist teilweise eine Stärkung der freien Gewerkschaften, besonders im Hammer Revier, zu verzeichnen. Allerdings gibt es auch hier Belegschaften, die hart radikalisiert sind. So ist das Ergebnis auf Zeche „Nobbe“: Unorganisierte 1285, freie Gewerkschaften 878, Christliche 446, Unionisten 41 Stimmen; die entsprechenden Mandate sind: 7, 3, 2, 2. Die Wahlergebnisse wurden dadurch beeinflusst, daß nur 53 Proz. der Belegschaft wahlberechtigt waren, weil 17 Proz. noch außer Arbeit stehen. Die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich 75 Proz.

Nach einem III. Bericht ist die Betriebsratswahl auf dem im Stadt- und Landkreise Essen liegenden Zechen abgeschlossen. Mit Ausnahme von drei kleinen Schachtanlagen liegt das Stimmenergebnis vor. Es erhielten: Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter 10 163, Arbeiter Bergarbeiterverband 10 280, Union 13 321, Hirsch-Dummerscher Verband 464, Wirtschaftsratliche 3317.

In der Metallindustrie ist ein Sieg der freigewerkschaftlichen Betriebsräte unverkennbar. Bei dem Hüttenwert „Rote Erde“, das der Dortmunder Union angehört, wurden von 10 Betriebsräten 9 freigewerkschaftlicher gewählt gegen 4 von den Kommunisten. Ähnliche Erfolge erzielen die freien Gewerkschaften an den Rührwerken.

Aus Hamburg wird uns gemeldet: Übers vollkommenen Sieg der Amsterdamer Richtung brachte die Wahl zur Vertreterversammlung des Metallarbeiterverbandes in Hamburg. Die Kommunisten, die den Boden für sich infolge der langen Aussperrung auf den großen Hamburger Schiffswerften besonders günstig glaubten und eine geradezu maßlose Hege gegen die Verbandsführer einleiteten, blieben in allen Bezirken in der Minderheit, so daß sich die Vertreterversammlung in der überwiegenden Mehrheit aus Genossen der Amsterdamer Richtung zusammensetzen wird.

Kommunistische Betriebsratspraxis.

In der städtischen Krankenanstalt in Buch war bald nach dem Kriege das ganze Pflegepersonal, wenigstens das männliche, „gut kommunistisch“. Schließlich trat eine Spaltung ein zwischen Kommunisten und Anarchisten. Kurz wird auch in Buch abgebaut. Der Betriebsrat, der bisher rein kommunistisch war (zwei BSKD-Mitglieder sind bei der Neuwahl hineingekommen), hatte den lässlichen Beschluß gefaßt, darauf zu achten, daß bei Entlassungen infolge des Abbaues die Familienverhältnisse und die Leistungen der Pfleger berücksichtigt werden. Am 28. März verhandelte die Anstaltsdirektion mit dem Betriebsrat, wobei letzterer jedoch weniger nach seinem Beschluß, sondern nach der Parteizugehörigkeit gefragt haben soll. In den Fällen, in denen der Betriebsrat seine Zustimmung nicht geben wollte, empfahl er andere Pfleger zum Abbau, ohne Rücksicht auf deren Familienverhältnisse und Leistungen. So wurde denn auch einem Pfleger, der seit fünf Jahren in der Anstalt tätig ist und an der Grippe erkrankt war, die Kündigung zugestimmt. Als Entlassungsgrund wurde die Erkrankung angegeben, die drei Wochen währe. Der auf Abbau gesetzte Pfleger erkundigte sich bei dem Betriebsrat, ob er seine Zustimmung gegeben habe zur Kündigung gegen ihn. Hohnlächelnd habe man ihn auf seine Krankheit als Kündigungsgrund verwiesen, so daß er die volle Überzeugung gewann, man habe nicht seine Verhältnisse und Leistungen, die lange Dauer seiner Tätigkeit berücksichtigt, sondern ihm wegen seiner nichtkommunistischen politischen Einstellung zum Abbau verurteilt.

Vom Lohnkonflikt in der Berliner Metallindustrie.

Über die Lohnstreiks und Aussperrungen infolge der betriebsweise erhobenen Lohnforderungen in der Berliner Metallindustrie liegen uns heute folgende Nachrichten vor:

Siemens-Schuckert, Autobau, Abteilung Karosserien. Hier stellten die Löhner Lohnforderungen, die nicht bewilligt wurden, worauf die Arbeitsunterbrechung erfolgte. Daronhin nahm die Werkleistung 200 Entlassungen vor.

Klinger, Tempelhof. Infolge der Nichtbewilligung von Lohnforderungen haben 50 Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

Verschärfter Streit in der Gummi-Industrie.

Die Gummiarbeiter Groß-Berlins, die in einem Kampf um die Beibehaltung des Achtstundentages stehen, hörten am Mittwoch einen Situationsbericht über die Streiklage. Nach den Ausführungen des Branchenleiters Krüger vom Fabrikarbeiterverband brachten die Verhandlungen am Montag voriger Woche einen Vergleichsvorschlag des Inhalts, daß die Arbeit zu den Bedingungen des Schiedspruchs wieder aufgenommen werden sollte und bei der Firma Herz vom 31. März ab neun Stunden gearbeitet werden müsse. Die Streikenden haben diesen Vorschlag einstimmig abgelehnt.

Inzwischen ist eine Lockerung der Lage infolge eingetreten, als die Norddeutschen Gummierwerke sich schriftlich verpflichteten, auf die seit der Geltung des Schiedspruchs eingeführte Verlängerung der Arbeitszeit zu verzichten und auch die Wochenszeit wieder zu bejahen. Die Arbeit wurde daraufhin wieder aufgenommen. Die Unternehmer gingen mit Repressalien gegen die abtrünnige Firma vor, erklärten aber gleichzeitig der Streikleitung, daß die streikgebende Arbeit während des Streikes eine Verlängerung der Arbeitszeit in allen Betrieben notwendig macht. Da damit die Unternehmer ihre Auslegungssichten gegenüber den Arbeitszeitbestimmungen des Schiedspruchs offen dargelegt haben, hat sich der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes entschlossen, nunmehr die Streikenden und Aussperrten auch finanziell zu unterstützen.

Die Arbeitgeber haben den Ernst der Lage erkannt und versuchen mit allen Mitteln, Streikbrecher für die Betriebe anzuwerben. Sie wenden sich dabei besonders an die alten Arbeiter, also diejenigen, die vor nicht zu langer Zeit von ihnen „abgebaut“ werden sollten, um die „Kontinuität“ der Betriebe heben zu können. Die wenigen Streikbrecher, die sich gefunden haben, sind nicht aus den Reihen der Streikenden gekommen, sondern lassen von weitem schon die Berufsmöglichkeit ihres Luns erkennen. Krüger wie auch die Diskussionsredner betonen, daß die Front der Streikenden durch Gewohnheitsstreikbrecher nicht zu erschüttern ist. Der Kampf der Gummiarbeiter geht verschärft weiter.

Lohnregelung für Hausangestellte in Geschäftshäusern.

Für die Zeit vom 30. März bis zum 26. April wurden am 1. April vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin mit dem Verband Groß-Berliner Industrie- und Geschäftshausbesitzer, dem Verband der Geschäfts- und Industriehausbesitzer und dem Bund Berliner Haus- und Grundbesitzervereine Lohnsätze für männliche Hausangestellte von 24 bis 31 M. und für Jahrestätigerinnen von 20 M. pro Woche festgelegt.

Die neuen Lohnregelungen sind gegen Vorzeigung des Mitgliedsausweises im Bureau des Deutschen Fortierverbandes, Berlin W. 62, Bayreuther Str. 31, oder Engelsufer 24/25, Zimmer 28, zu haben.

August Reuser.

Wie wir aus dem Pariser „Peuple“ entnehmen, ist am Sonntag in Paris August Reuser gestorben. Von Geburt Oesterreicher, war Reuser 35 Jahre Sekretär des französischen Bucharbeiterverbandes. Er hat diese Organisation nach dem Rufer der deutschen Gewerkschaften ausgebaut. Als „Reformist“ war er, seitdem die Anarchosyndikalistischen Ende des 19. Jahrhunderts die Führung der französischen Gewerkschaften in die Hände bekamen, den heftigsten Angriffen ausgesetzt, was ihn aber keineswegs in seiner Überzeugung beirrte. Reuser war es bereits im Jahre 1906 gelungen, den Buchdruckern ganz Frankreich den Neunstundentag zu sichern. Das wurde ihm als „Verrat“ angelastet, weil damals die herrschenden Anarchosyndikalistischen beschlossen hatten, den Achtstundentag zu erobern. Es blieb aber beim Neunstundentag infolge der Schwäche der Organisationen. Heute hat sich die große Mehrheit der französischen Gewerkschaften zu den gewerkschaftlichen Anschauungen Reusers bekehrt.

Lohnabkommen für das Konditorpersonal.

Die Arbeitgeber im Konditorgewerbe hatten bisher alle Lohn-erhöhungsanträge, die vom Personal durch ihre gewerkschaftliche Organisation eingereicht wurden, abgelehnt. Erst durch den Druck der betriebsweise gestellten Forderungen erklärten sich die Arbeitgeber bereit, in neue Verhandlungen zu treten. In einer Versammlung des Konditorpersonals gab Thierme vom Verband der Bäcker und Konditoren die Ergebnisse der Verhandlungen bekannt. Danach erhalten ab 31. März: Backstubegehilfen 32 bis 36 M. je nach Alter, Hausdiener und Hilfsarbeiter 28 bis 32 M., Kutscher 34 M., Verkäuferinnen und Kassierinnen 28 bis 25 M., weibliche Hilfskräfte für Küche und Backstube 19 bis 24 M. Die Erhöhung der Spülgehälter beträgt gegenüber den bisherigen Löhnen eine Aufbesserung von 15 bis 18 Proz. Es sind Wochenmindestlöhne für eine 48 stündige Arbeitszeit. Verantwortliches Personal erhält 10 Proz. mehr; der Abzug für Kost beträgt 40 Proz., für Wohnung 10 Proz.

Die Versammlung nahm noch eingehender Aussprache, in der die Löhne als zu niedrig bezeichnet wurden, das Verhandlungsergebnis an.

Schumann machte noch auf die am 9. April stattfindende Wahl des Gesellenausschusses der Innung aufmerksam und betonte die Notwendigkeit der Wahl von freigewerkschaftlich organisierten Gesellen, die allein die Gewähr für eine im Interesse des Personals liegende Tätigkeit bieten.

Unternehmer gegen Betriebsrat.

Die Firma Deutsche Metallwerke beantragte beim Arbeitsgericht, den Obmann ihres Betriebsrates seines Postens zu entheben und seiner Entlassung zuzustimmen. Die Klägerin beruft sich auf § 39 BKK, indem sie behauptet, der Obmann des Betriebsrates habe seine Pflicht gräßlich verletzt, denn er habe die Arbeiter des Betriebes zum Streik aufgehetzt dadurch, daß er gegen die von der Firma angeordnete neunstündige Arbeitszeit agitiert habe.

Wie die Verhandlung ergab, liegt der Klage folgender Tatbestand zu Grunde:

Nach dem Januarabkommen in der Metallindustrie darf der Unternehmer eine Mehrarbeit von einer halben bis einer Stunde täglich anordnen, wenn es im wirtschaftlichen Interesse des Betriebes notwendig ist. Die Firma hat aber den Arbeitern gedroht, sie würde die verkürzte Arbeitszeit — also weniger als acht Stunden — einführen, wenn sich die Arbeiter weigern sollten, neun Stunden zu arbeiten. Demnach lag also keine wirtschaftliche Notwendigkeit zur Verlängerung der Arbeitszeit vor, sondern die Betriebsleitung wollte den Arbeitern ihren Willen aufzwingen. Sie handelte also, wie der Vertreter des Beklagten betonte, tarifwidrig. Dagegen hat der Obmann nichts weiter getan, als daß er die Arbeiter befragte, ob sie mit der Verlängerung der Arbeitszeit einverstanden seien.

Der Vertreter der Firma behauptete vor Gericht, der Betriebsrat habe in dieser Hinsicht nichts zu sagen und nicht zu fragen, die Arbeiter seien nach dem Tarif verpflichtet, neun Stunden zu arbeiten.

Das Gericht erkannte — wie der Vorsitzende, Magistratsrat Schulz sagte — einstimmig auf Abweisung der Klage. Es möge dahingestellt bleiben, ob der Beklagte seine Aufgabe sehr geschickt erfüllt habe, aber daß er zum Streik gehebt habe, davon könne keine Rede sein. Daß er sich von den Arbeitern Auskunft holte über ihre Haltung zur Verlängerung der Arbeitszeit, das sei sein Recht als Obmann des Betriebsrates. Er habe nicht zur Ablehnung des Neunstundentages aufgefordert.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Wirtschaft: Kurt Schramm; Gewerkschaftsbewegung: A. Schöler; Feuilleton: Dr. Otto Schömann; Politik und Sonstiges: Fritz Herberich; Kautzen: K. Glaser; Sonstige in Berlin: Berlog; Norddeutsche Zeitung: G. m. b. H. Berlin; Druck: Norddeutsche-Zeitungsdruckerei und Verlagsanstalt West. Einzelne u. Co., Berlin SW. 6., Lindenstraße 2, Stern 1. Blatt.

Sophien-Säle Sophienstraße 18
Säle frei + Nrd. 9296

Die neuen Modelle

bei uns große Auswahl, billig



Stiefel und Halbschuhe

in Braun, Lack u. Schwarz, mit u. ohne Doppellöhle, die renommierten Modellschneider

Für Herren:

- Stiefel, echt Chevreauz, Rind, und braun Fahlleder. 7⁹⁰
- ditto, braune Sorten, sehr haltbar und solide. 8⁹⁰
- die. braun Spalt-Rindleder, moderne spitz Form. 5⁹⁰
- Braune Sportstiefel, echt Fahlleder, Doppellöhle, wasserabweisend. 12⁵⁰
- Halbschuhe, echt Lack, runde Form, echt Chev. mod. spitz Form. 9⁹⁰
- die. braun echt Chevreauz, moderne spitz Form. 12⁵⁰
- die. schwarz Leder, runde Form. 7⁹⁰

Gran u. beige Sämschieder
7 Spangas u. Pumps mit Quer-lasche, mod. halbh. Absatz, halbspitze Form, sehr weiche, gute Ware, z. erstl. Fabrik. Alle Größ. **6⁹⁰**

Felbe Musterpaare und Modelle
aus einer weltbekannten Lammohlfabrik
Lack, sowie gr., br., schv. Nubuk u. Chevreauz, Sandaletto, Schür, Pumps, Spangas usw., Gr. 35-40
Sortiment I 12,80, Sortiment II **9⁸⁰**

Auf echten Rand genäht
Herrenstiefel u. eine Doppellöhle, Damen- u. Herrenhalbschuhe, mod. spitz Form, sehr gut Fabrikat, alle Größ. **10⁹⁰**

Kinderstiefel u. Halbschuhe
Sandalen, Turnschuhe in gr. Ausw., billig
Paarweise: Herren 65 Pf., Damen 65 Pf.

Gran Nubuk

u. braun Borkalf-Besatz oder ungekollert usw., über 20 Sorten



Für Damen:

- Eleg. Pumps, L.-XV.-Absatz, echt Lack 10.80 in Leder Halbschuhstrichs, R'Chev. und Chromleder. 5⁸⁰
- ditto, die neue spitz Form, Chromleder, gutes Fabrikat. 6⁹⁰
- die. echt Lack oder braun Chevreauz. 7⁹⁰
- ditto, braun prima Chev., spitz Form, halbh. Absatz, erstl. Fabr. **12⁸⁰**
- die. braun echt Chevreauz, mit L.-XV.-Absatz. 9⁸⁰
- Hochschuhstiefel. 7⁹⁰

Für das Frühjahr



Gross-Detail Schuh-Lokal Behrndt
Münzstr. 25 Frankfurter Allee 54. Kottbusserdamm 13

Die Maschine der Gerechtigkeit.

Die Gerichtsmühle mahlt, mahlt: immer schneller, schneller und schneller drehen sich ihre Räder. — So manches Menschengeschick bleibt an ihnen hängen. . . . 12 Uhr 10 Strafe angetreten, 12 Uhr 25 Strafe angetreten, 12 Uhr 33, 12 Uhr 50, 1 Uhr 03, 1 Uhr 17 Strafe angetreten — in einer Zeitspanne von 6 Stunden 23 Sachen, 25 Menschen erledigt. — Das ist das summarische Verfahren: Menschen werden zu Nummern, die man summiert; sie werden zu Rufen gemacht, die in der Endsumme ein Nichts ergeben. Unabwendbar wie das Schicksal stürmt die Gerichtsmühle über sie dahin, keine Klamppe gönnt sie ihnen, läßt sie kaum zur Besinnung kommen. „Sühne“ folgt der Tat auf dem Fuße. Die Zeit, die Altröplerin, kommt hier nicht zu ihrem Recht. Wasu auch die Galgenfrist? Würden etwa das Gesetz dadurch milder, die Richter weniger an die Gesetze gebunden, die Hoffnung größer. Höchstens, daß man sich zum tausendsten Male irgendeine ausgeklügelte Erklärung durch den Kopf gehen ließe, die doch keine Rettung bringt oder durch einen Rechtsanwalt einen trügerischen Hoffnungsschimmer erkaufte. Die Gerichtsmaschine tut doch ihre Arbeit mit derselben Genauigkeit wie jede andere. Auszahlung, eingebrochen, gefaßt, vorgeführt, abgeurteilt, Strafe angetreten. Alles in 48 bis 72 Stunden.

Die Kleinsten der Kleinen.

Keine Liebe, keine Freuden, keine Düste — Arbeitslosigkeit, Freizeitsucht —, ringsum Reichtum, Lodungen, Versuchungen. Wie

ihnen widerstehen? Dann andere, jetzt „Unverbesserliche“, dank verantwortungsloser Vernachlässigung durch die Gesellschaft: Geistesranke, Schwachsinnige, Morphiniten, Kokainisten, Alkoholiker — wie in einem Kaleidoskop jagt ein Bild das andere. Der Warenhausdiebstahl — die beliebteste Form der Bereicherung — nicht auf Konto des Warenhauses, sondern auf Konto des Käufers, der das Risiko des Kaufmanns bezahlt. Wie einfach scheint es doch, an den Ladentisch heranzugehen, einen Gegenstand verschwinden zu lassen und sich zu entfernen. . . . und wie gefährlich zugleich: aus irgendeiner Ecke schauen ein Paar Augen, ein Paar Hände fassen den Liebestäter. Lieb, Wertheim, das Kaufhaus des Westens, Corbs — überalldort muß die Phantase des Zuhörers mit. — Hier ein Arbeiterlocher, die Frau in anderen Umständen, hat ganze sechs Paar Sportknoten im Gesamtwerte von 63 Mark an sich genommen. — Eine Rouletistin, durch ihr Galoppieren die Morphinitin geworden, schon in Düsseldorf gewesen, nimmt im Kaufhaus des Westens ein Stück Seide zu sich, um sich Morphium zu verschaffen. Sehn Tage Gefängnis, Bewährungsfrist. — Ein Kaufmann, der gut verdient, hat ein Paar Stiefel bei Wertheim verschwinden lassen. Dreimal ist er wegen Warenhausdiebstahls vorbestraft. Weint, begreift nicht, weshalb er stiehlt, will untersucht werden, ein Rechtsanwalt soll seine Interessen vertreten. Die Sache wird verliert. — Ein 35jähriger arbeitsloser Arbeiter, vorbestraft, hat bei der Firma Tieg eine Decke weggenommen. Ein 23jähriger ehemaliger Färbereibehälter, arbeitslos, bis 1920 in der Färberei gewesen, 1923 wieder zum ersten Male bestraft, erhält jetzt wegen Diebstahls von drei Hemden bei Tieg drei Monate Gefängnis. — Totgebilde.

Die einen befreunden sich im Restaurant mit einigen älteren Deuten an, spendieren Alkohol, lassen sie beim gemeinsamen Trinken jählich um und entwerfen ihnen die Briefstöße. — Ein Händler zieht einer Frau, die an seinem Warenstand steht, zum ersten Male das Geld aus der Tasche, weil er keine Gefährte macht. — Ein 23jähriger, früher seit dem 18. Jahre in der Fürsorge, jetzt Totgebilde, erhält für den Diebstahl von 5 Mark 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus, nimmt die Strafe nicht an. — Kollektive: Ein noch unverbodener, 20jähriger arbeitsloser Schlosser mit unbedeutenden Vorstrafen — für Holzdiebstahl und Unterschlagung, holt einen Karton Kognakbottchen vom Wagen, um auf so eigentümliche Weise — wie er erklärt — seinen Geburtstag zu feiern. Erhält drei Wochen Gefängnis. — Ein 48jähriger Lungenkranke, auch Frau und Kinder sind krank, arbeitslos, begehrt 1923 keine erste Straftat, erhält diesmal 9 Monate Gefängnis für zwei Aluminiumfenster, die er vom Wagen genommen hat. — Sachbeschädigung. — Ein 20jähriger, unbestraft, aus einem Lokal verwiesen, verurteilt die Fensterhebe, die 400 Mark kostet, 3 Wochen Gefängnis. — Hausangestellte, die ihre Herrschaften und einander beschließen; Kontrollmädchen, die sich nicht zurzeit bei der Polizei melden oder den Gästen das Geld abnehmen; Einbrecher, die im Ru ihre Zuchthausstrafe abbekommen, oder Reutlinge, die mit tausend Angsten an die Lat herangehen. Ein Monteur, der nach langen Jambren endlich mit einem gebildeten Freunde mit Hilfe eines einen noch offenen Bild bleibt nach der Kinovorstellung in der Wohnung eines Schächtermeisters begehrt, wo er gearbeitet hat, erhält 9 Monate Gefängnis. Ein 20jähriger Arbeiter aus Jena mit einem offenen Bild, bleibt nach der Kinovorstellung in der Schauburg und wird beim Erbrechen der Kaffe erwischt. Erhält 6 Monate Gefängnis. Eine 23jährige, offensichtlich geistig minderwertige, die einem 30jährigen Amalben einige Sachen gestohlen hat und andere, die sie dem Sohn desbeselben bringen sollte, unterschlagen hat, erhält 1 Monat Gefängnis ufm. ufm.

Summa Summarum.

Die schnelle Aburteilung, das summarische Verfahren, aus den angelsächsischen Ländern übernommen, ist an und für sich ein Fortschritt. Es bedeutet Aufklärung mit möglichem Bureokratismus, Kürzung der Untersuchungsfrist, Wegfall der quälenden Ungewißheit für den Angeklagten Geldvergnügen, Erinnerungstrafe der Zeugen; sie birgt auch Gefahren in sich, denen sogar die angelsächsischen Gerichte nicht entgangen sind. Die Schnelligkeit, die nur Zweckmäßigkeit erstrebt, kann zum Selbstmord auf Kosten der Gerechtigkeit und der Sicherheit der Gesellschaft ausarten: Auf Kosten der Sicherheit, indem durch ungenügende Nachprüfung gemäßigter Menschen zu milde beurteilt werden; auf Kosten des Angeklagten, und das ist das noch viel Gefährlichere, durch ungenügende Individualisierung des Falles. Der Mensch kommt noch weniger als früher zur Geltung, die Tat wird noch mehr als früher ausschlaggebend. Der noch so milde Staatsanwalt, noch so einsichtige Richter (den Richtern und dem Staatsanwalt, die im summarischen Verfahren Verstoß-Worte ihr Amt ausüben, kann im großen und ganzen Milde und Menschlichkeit nachgesagt werden) sind aber machtlos, da sie nur ausführende Organe der Gesetze sind, die sich längst erfüllt haben und auf einen Strafbeschluss angewiesen sind, der seine Wirkung nicht erfüllt und nicht erfüllen kann.

Es ist das alte Problem: Was soll es mit den kurzfristigen Gefängnisstrafen, die, wie schon längst anerkannt, den Angeklagten nur schädigen und der Gesellschaft nichts nützen. Was soll die Bewährungsfrist, wenn denn, die sie erhalten, kein Mensch zur Seite steht, der sie stützt, wenn Arbeitslosigkeit und Not mächtiger wirken als gute Wille. Das gebängte Zusammenstehen unzähliger Menschen, die alle für den kleinen Spinnweb des summarischen Verfahrens, wie das Gemächlein der Gesamtheit erneut vor die Frage: Was werden wir nun, Amerika auch das System der freiwilligen Gefängnis- und Entlassungshilfe übernehmen? Wann wird endlich eine sich vorgezeichnete soziale Fürsorge für Menschen entstehen, die mit dem Strafgesetz in Konflikt geraten, eine Fürsorge, die allerdings nur durch die Tätigkeit freiwilliger Helfer aus allen Gesellschaftsklassen und insbesondere aus Arbeiterkreisen erst zur lebendigen Tat werden wird. Erst wenn, wie beim Jugendgericht, dem summarischen Verfahren die soziale Fürsorge zur Seite stehen wird und es möglich werden wird, im Angeklagten den Menschen zur Geltung kommen zu lassen, wird dieses Verfahren zum Segen der Gerechtigkeit und zum Ausfluß der Gerechtigkeit werden. Eine gewisse Verlangsamung der Maschine, aber auch einen höheren Grad von Menschlichkeit werden die am 1. April wieder in Funktion tretenden Schiffe mit sich bringen.



Bilder aus Uruguay.

Von Karl Arthur Boltrath.

Die „Republik Süds des Uruguay-Flusses“, einfach „Uruguay“ genannt, läßt ein wenig überlegen über uns. Sie hat in hundert Jahren achtundzwanzig Revolutionen durchgemacht, und wir haben noch nicht einmal eine einzige richtig fertiggebracht. Die Republik hat Kriege geführt — gegen Spanien, Portugal, England, Brasilien, Argentinien, Paraguay und gegen sich selbst —, so furkbar, daß bis vor kurzem auf acht Frauen ein Mann kam. Vor siebzehn Jahren hat Montevideo eine regelrechte Belagerung von zehn Jahren durchgemacht. Dafür hat nun das Land — so groß wie Preußen — den letzten Europakrieg glänzend überstanden: es trief von Wohlstand. Mit seinen einmahl Millionen Einwohnern leistet es sich mehr Ministerien, als wir im Deutschen Reich haben, und darunter eins für Radiotelephonie. Auf jede dritte Familie kommt ein Auto und ein Klavier. Jede Straße der quadratischen Stadtanlage wird von einer Straßenbahn durchfahren. Bäst sie nicht elektrisch, so ist sie von Pferden bespannt. Bei den Elektrischen weitestens zwei Gesellschaften. Die englische ist noch schlechter als die deutsche. Aber das hat gar nichts zu sagen gegen das Telefon von Montevideo, das französisch ist. Die Schreden von Dantes Inferno verfließen gegen die Schreden des Telephonierens in Montevideo.

Dieses Montevideo ist eine herrliche Stadt. Die Nacht, um die es sich schlingt, ist eine Miniaturausgabe der von Neapel, auch ein kleines Besueken ist da, der Cerrero. Es spendet nur ein dichten Scheinwerferlicht zum Besten der Bo-Rato-Schiffahrt. Im übrigen ist die große Lugend der Stadt ihre Raufreiheit. Die Europäer werden häufig ruhig, wenn wir zum erstenmal Straßen ohne Kuh und Hund, Häuser in Weiß sehen. Das macht, das Land und die Stadt haben keine Industrie, und die paar Schornsteine, die rauchen, gehören zu jenen Schlachthäusern weit weg von der Stadt, wo tausend Kinder täglich erstickt und verandfähig gemacht werden. Sie vermannteln sich entweder in Gefrierfleisch oder in Bierigs Fischgerichte.

Die Nacht ist ein Raub von Nachschick, und da die Häuser ein wenig sind, höchstens weißlich — a Teufel aller unserer Siedlungsformen! —, so ist die Stadt mit ihrer Halbmissionenbevölkerung größer als Berlin. Das häusliche Leben in den Ländern spanischer Kultur spielt sich im Hofe ab, dem „Patio“, während ringsum die Schlafzimmer sensuosa Altonen zu sein pflegen. Die Höfe sind geräuschvoll mit Füßerpalmen, Springbrunnen, Rarmorktefen und Singvögeln, wie einst bei den Arabern und Rauten, deren Kultur die Spanier gerbt haben. Nur kam hier bei den Amerikanern im Falle des Regens ein Glasdach darübergehoben werden.

Auch die Fassaden der Häuser sind schön, nach den Begriffen der Einheimischen. Zu uns spricht die Klarheit dieser mehrschichtigen Architektur ebensowenig wie die Schönheit einer ruffischen Holzarchitektur. Was, was nach außen gelebt ist, ist rings um

vornehm in diesem Lande. Die Fassaden sind mit Marmor und mit Japaneseisen bedeckt, so wie der bescheidene Mann, auch wenn er seinen Centeno in der Tasche hat, dennoch einen Anzug von neuestem Schnitt, seidene Strümpfe und glühend hienke Stiefel zu tragen pflegt. Die Glanzpunkte der Stadt sind die Bläse, die Parks, die Bäderbuchten. Man hat hier den Sinn für üppige, verschwenderische Gartenarchitekturen. Für sie spendet die Natur gratis und franco die herrlichsten Palmen, Eucalyptusbäume, die wunderbarsten Blumenstränder mit glühenden Farben und beidauernden Düfte in der Nacht. Das alles ist von tropischer Heberfülle — doch ohne Seele, wie jegliche Bandhakt hier unten. Hier ist nur Reichtum, herzloser Reichtum. Man schafft längs der uruguayischen Küste eine Riviera mit einer pompösen Autostraße (armseilige „Tous“ im Grunewald dazwischen).

Man hat vielleicht alles Zeug dazu, ein Fremdenzentrum zu werden. Denn der Reichtumschlag hat von Natur eine uns über-nordischen Europäer verblüffende Liebesswürdigkeit, eine von Herzen kommende Gastfreundschaft. Es ist das die starke Lugend dieses Volkes, mit der andere Verzüge parallel laufen. Bei alledem haben sich diese Südamerikaner so sehr von Spanierlande emanzipiert, daß sie neuerungsdurstig sind um jeden Preis.

Aber lieber deutscher Auswanderer, glaube nicht, daß dir hier die gebotenen Hüner in den Mund fliegen! Jede Auswanderung bedeutet zunächst einen Zwang, um eine Stufe hinaufzuziehen. Wer dieses Opfer nicht bringen will, der bleibe in Deutschland und unter-nähre sich redlich Lieber deutscher Auswanderer, mache dich gefaßt auf kümmerliche Wellblechbaracken fernweg aller Kultur, denn deine Farm liegt von der einzigen Großstadt Montevideo vielleicht so weit entfernt wie Königsberg in Preußen von Essen an der Ruhr. Mache dich gefaßt auf ein jades Ruheloch, das du mit deinen Zähnen nicht berühren kannst, mache dich gefaßt auf Walsbrat, wie es die überreichliche Armee im vierien Kriegsjahre ihren Vätern zu Leihen gab, mache dich gefaßt auf das Nationalgetränk, den Mathe, der so bitter schmeckt wie die Galle des Tierensliches. Mache dich gefaßt darauf, daß der italienische, der spanische Auswanderer dich immer und überall an Beharrungslosigkeit unterzieht, daß der Serbe, der Slowake und der Kroate. Und wenn du den Mut hast, dieses Opfer zu bringen, dann kann deinen Kindern, vielleicht erst deinen Kindes-kindern ein klein wenig Behaglichkeit blühen. Du selbst mußt dich opfern.

Hier ist Reichtum im Lande, aber es ist der Reichtum derer, die in der dritten und vierten Generation hier sind, nicht der Reichtum der Eingewanderten. Und dies alten Gesellschaften bilden eine heimliche Aristokratie, eine feste, still und verbissen zusammenhaltende „herrschende“ Klasse. Diese Klasse macht ihre Politik unter sich, und sie tut das ein wenig handhüter, als wir das gewohnt sind. Hier müssen auch die Arbeiter

größten Zeitung, „El Dia“, bekämpfte sie. So schickte ihm der Kriegs-minister eine Forderung auf Pistolen. Und sie wird mit Brandstangen angetrieben. Es kommt zum Duell. Dr. Brum, der Zeitungserleger, stellt sich hin und schießt nicht. Will nur zeigen, daß er vor dem Schicksel des Arztesministers keine Angst hat. Und der Kriegsminister steht da und wartet und schießt; denn in die Welt, denn er will nicht unritterlich sein und auf einen Gegner ansetzen, der sich nicht wehrt. Nachher verflüchten sich die beiden Gegner nicht, denn es wäre schade um den politischen Kampf, der doch weitergehen muß.

So sonderbar geht es zu in diesem Lande der bizarren Widersprüche am La-Plata-Strande, der dreiter ist als die Dittse.

Die Wohltat des Verwandten.

Von Franz Herzog.

Ein armer Junge kam einst in das Haus eines reichen Verwandten, um ihn um eine Unterstüßung zu bitten. Dieser ließ ihn, ohne ihn auch nur anzuhören, durch einen Diener hinauswerfen. Dies kränkte den Jüngling so tief, daß er die Heimat verließ, um in der Fremde sein Glück zu suchen. Durch Fleiß und Sparsamkeit erwarb er ein großes Vermögen und lehrte, viele Jahre später, ein reicher, angesehenen Mann in seine Heimat zurück. Inzwischen hatte der einst so reiche Verwandte sein Vermögen verloren, und nun war er es, der den heimgekehrten aussuchte, um ihn um ein Almosen zu bitten. Dieser fuhr ihn zornig an:

„Wie kannst du dich erdreisten, mich um Hilfe zu bitten, der du mich durch deinen Diener hinauswerfen ließest. Mit welchem Recht kommst du zu mir?“

„Ich komme zu dir, weil ich dein Wohlthäter war.“

„Du mein Wohlthäter?“

„Gewiß, mein Lieber, denn wenn ich dich damals unterstüßte hätte, müßt du ein Bettler und Mühsiggänger geblieben und müßtest mir davon gedenken, in der Ferne dein Glück zu suchen; folglich bist es, dem du Wohlzugehen und Erlöse zu danken hast.“

Der Heimgekehrte dachte eine Weile nach, dann sagte er:

„Du hast recht; die Unterstüßung der reichen Verwandten macht uns zu faulen Schmarozern, während deine Zurückweisung mir mein Selbstgefühl und meine Laikraft wiedergegeben hat.“

„So siehst du es endlich also ein.“ rief der Bettler hoffnungsvoll, „dich in Wahrheit dein Wohlthäter bin?“

„Gewiß“, erwiderte der reich gewordene Bettler, „und weil es mir ein Reichtum mit Wohltat zu vergelten, will ich auch dir Wohltat geben, in der Ferne durch Fleiß und Sparsamkeit dein Glück zu verschaffen.“ Sprach's und ließ den Wohlthäter durch seinen Diener hinauswerfen. (Aus dem Ungarischen von Franz Herzog)

Die Briefmarkenmarken. Das Reichspostministerium eröffnet am 15. April bei der Postanstalt für Sammlermarken in Berlin C. 9. Postrechnungsamt, einen freihändigen Verkauf gebrauchter Briefmarken von Deutsch-Ostafrika (ohne und mit Wasserzeichen), sowie ungebrauchte Postwertzeichen der deutschen Postanstalten in der Türkei (darunter Probebrüche) und der Warschau-Inseln (Briefmarken mit Schiffszeichnung ohne und mit Wasserzeichen und Postmarken, darunter Probebrüche) zu festgesetzten Goldmarkpreisen. Die Preisliste weist eine größere Anzahl Verkaufstöpfe mit Sägen von je 1 Stück auf, die für Sammlerzwecke besonders geeignet sind. Die rührenden Verkaufsbedingungen mit dem Post- und Preisverzeichnis und einem Bestellordern können bei jeder Postanstalt eingesehen werden, auch werden sie gegen Einzahlung von 30 Pf. von der Postamtlichen Vormerkungsstelle für Sammlermarken in Berlin W. 66, Reichspostministerium, zugelandt.

Einheitskursrecht. Der Bildungsausschuss des alten Reichstages hat kurz vor seiner Auflösung eine Eingabe des Reichsbundes für Nationalökonomie angenommen, wonach die verschiedenen Kurslisten miteinander durch Vergleichstabelle in Wettbewerb treten sollen, damit das sich am besten bewährende

System die Grundlage für das Einheitskursrecht abgeben. Man darf hoffen, daß auf diesem Wege das deutsche Volk eine Einheitskursliste erhält, die dem gegenwärtigen Stande der stenographischen Wissenschaft entspricht.

Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten. Die Sprechstunden finden im Charlottenburger Krankenhaus, Kirchstr. 19/20, sowohl für Männer wie für Frauen (nach Geschlechtern getrennt) Montags und Donnerstags von 8 bis 9 Uhr abends und Mittwochs und Sonnabends von 12 bis 1 Uhr mittags statt. Beratungsbedürftige werden unentgeltlich untersucht und beraten. Nennung des Namens nicht erforderlich. Eine Behandlung findet in der Beratungsstelle selbst nicht statt.

Die Lungenheilstätte Grabowsee bei Oranienburg der Landesversicherungsanstalt Brandenburg wird Ende April wieder eröffnet. Anträge für Versicherung und Selbstzahler (50 Plätze) sind wegen des vermutlich großen Andrangs möglichst bald zu stellen.

Taglich für Doctoretz. Anfang April beginnen neue Anfängerkurse für Kinder von 12-14 Jahren (nachmittags) und für Erwachsene (abends) bei Genoffin Deh. W. 80, Spichernstr. 18, Gartenhaus (am Nürnberger

Wald). Anmeldungen dort, Dienstag, 3. 1. 1924, abends 8 Uhr, Donnerstag, 3. 8. April, von 6-8. Auch schriftlich.

Beiratsbildungsausschuss Groß-Berlin. Im Sonntag, den 6. April, abends 8 Uhr nachm., im Reuen Theater am Zoo „Die rote Kugel“, Hauptspiel in der Kasse von Eugene O'Neill, in vielfältiger Fassung Karten zum Preise von 0,50 Goldmark im Bureau des Beiratsbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof II. Am Freitag, den 4. April, abends 8 Uhr, letzte Filmvorführung im öffentlichen Theater der Ura. n. t. a. Zur Vorführung gelangt der Bühnenreißer „Was uns die Korbsee erzählt“. Karten sind noch zu haben im Vorraum des Theaters beim Gen. Bruno Lohse. — Am Sonnabend, den 5. April, pünktlich 8 Uhr nachmittags, im Sitzungssaal des Parteivorstandes, Lindenstr. 3, 1. Hof IV, Vorführung des Films „Der 4. Mai bringt die Entscheidung“ und des Lichtbildvortrages „Was wählen wir“. Einladungen sind die Mitglieder des Parteivorstandes, des Bezirksverbandes Groß-Berlin, des eigenen Beiratsbildungsausschusses, die Kreisvereinigungen und die Delegierten der Kreisbildungsausschüsse.

Rebeller-Seele. Unter diesem Titel findet am Donnerstag, 3. April 1924, abends 8 Uhr, in der Schulaula, Langestr. 11, der letzte literarische Abend von Dr. Drack, Rektor an der Universität, statt. Zum Vortrag gelangen: Chamisso, Freiligrath, Heine, Dehmel, Engelke, Jach, Bartke, Brüder. Eintrittskarten zum Preise von 20 Pfennig sind im Beiratsamt Friedrichshagen, Marktstr. 49, Zimmer 40, beim Vorkäufer und an der Abendkasse zu haben.

Das Herz.

Von H. Herz.
Fehler des künstl. Höhenmessenabes „Mitts“.
Wie wichtig ein geländes Herz ist, zeigt wieder die jetzt vorliegende Ortopädie. Der ein geländes Herz ist, überfließt die Schritte verhältnismäßig leicht, wer aber ein hohes Herz hat, gerät in die größte Lebensgefahr, wenn es dem Wichte nicht erliegt, ihn durch beliebige Mittel über die Höhe hinauszuheben.
Es ist noch gar nicht lange her, daß die medizinische Welt durch den Herztransfusions sehr hilflos gegenüberstand. In der Zeit konnte man nicht heilen, und die meisten Fälle (Digitalis etc.), die man gebrauchte, um Herzkranken entgegenzukommen, können als Hilfsmittel nicht bezeichnet werden. Auch bei den Varen traten Herztransfusions allgemein als unheilbar. Das hat sich

nun glücklicherweise alles geändert, besonders seitdem die elektrophysikalischen Geländeboden aufstiegen. Als Beispiel gegen Herztransfusions, ist die bei den meisten, sind zu nennen die Diathermie und die Antiarthritische oder die Hellmuthsche der elektrischen Ströme des Hochfrequenzstroms. Die Diathermie ist die Behandlung mittels hochfrequenter Ströme, die sich im Körper in Wärme verwandelt. So kann also mit diesen Strömen durch entsprechende Dosierung der Elektroden das Herz direkt behandelt und dadurch ständige Heilerfolge erzielt, und zwar durch man kann nicht zählen, sondern nur wenige Sitzungen. Das ist lästige Herzkrankheiten z. B. befreit: Ich meistens leicht. Schon während der ersten Diathermiebehandlung zeigt sich in der Regel das Winken und die Venenklappen nach wenigen Sitzungen auf. So kann die gefährlichen Herztransfusions hier nicht mehr auftreten, bei denen Diathermie (indigert. L.), selbst der Herz-

klappenfehler gehört dazu, auch wenn er schon jahrelang besteht. Die Antiarthritische oder die Behandlung mit stromführenden Strömen des Hochfrequenzstroms erreicht sich dagegen hauptsächlich auf das Geschlecht des Herzens und der Hauptarterien, besonders bei Arteriosklerose, Koronarsklerose usw., aber auch bei der jetzt so sehr verbreiteten Herzneurose, die durchaus nicht so leicht genommen werden darf, denn sie kann schwere Erkrankungen des Kreislaufsystems verursachen. Nebenbei soll man etwas mehr auf sein Herz achten, dann wird auch der Puls oft wirksam, doch etwas an seinem Herzen nicht in Ordnung ist. Man soll nicht warten, bis der erste Schlaganfall eingetreten ist, denn dann ist es schon rechtlich spät. Siche in der Herzgegend, unregelmäßiger Puls, zu schnell oder langsam, zu hart oder zu weich, Kustieren des Pulses nach einigen Schlägen, Anginalschmerzen, Schwindelanfälle und anderes

deuten als Warnungssignal. Man muß etwas für sein Herz tun. Man muß es zunächst untersuchen lassen, und das ist so leicht und mit geringen Kosten verbunden. Bei der Röntgendurchleuchtung kann man genau das Herz sehen, seine Größe, Lage, sein Verhalten usw. Bei der Röntgenprüfung der Durchleuchtungen und bei den geringen Risiken, die heute niemandem zu Gebote stehen, habe ich die Einrichtung getroffen, daß für wirklich schwerere Fälle Montags von 7 Uhr abends ab im künstl. Höhenmessenabes „Mitts“ Belle-Alliance-Platz 66, Röntgendurchleuchtungen zur Hälfte des an und für sich schon niedrigen Anstaltspreises ausgestellt werden. Für Bewilligte finden die Durchleuchtungen statt: Montags und Freitags 6-7 Uhr und Mittwochs 12-1 Uhr, während für Herzbehandlung die Anstalt täglich von 10-1 und 4-7 Uhr, Sonnabends 10-4 Uhr geöffnet ist.) 14a/121

Das billige Warenhaus des Nordens

WIRU Gebr. A.-G.

Swinemünder Straße 86 Ecke Lortzingstr.

Grosser Konfektions-Verkauf

Gute Stoffe, solide Verarbeitung, trotzdem billige Preise!

Donegalmantel elegante Blaufarbe 13 ⁹⁰	Jugendliches Kleid aus reinwollenem Cheviot mit höherer Passelgarn 10 ⁷⁵	Zephirblusen mit Falten und Perlmutterknöpfen 3 ⁹⁰
Donegalmantel besonders guter Stoff 17 ³⁰	Musselin-Frauenkleid weißes Form mit dunkler Muster 7 ⁹⁰	Kleiderrock reinwollenes Cheviot mit Tröselgarne 3 ⁹⁰
Covertcoatmantel moderne Form 17 ⁷⁵	Kammg.-Cheviot-Kleid mit Tröselgarn u. Boknalle, langer Arm 12 ⁹⁰	Hemdbluse aus bestem weißen Wäschezeug, mit breiten Falten, offen und geschlossen zu tragen 4 ⁹⁰
Covertcoatmantel mit reicher Blausarbeit 21 ³⁰	Frottékleid solide Stoffen mit Filzgarne 8 ⁹⁰	Streifenrock mit tiefen Falten 5 ⁹⁰
Zwirncovertcoat imprägniert 26 ⁵⁰	Nachmittagskleid aus reinwollenem Kammgarn, moderne Form mit br. Volant 21 ⁵⁰	Voll-Vollebluse weiß, mit breitem Revers 5 ⁹⁰
Tuchmantel reine Wolle, mit reich Tröselgarne, weite Knöpfen 39 ⁰⁰	Gesellschaftskleid aus reinwollenem Stoff, entsprechende Fasern 49 ⁰⁰	Sportrock aus gutem Donegal 9 ⁷⁵
Donegalkostüme Jacke ganz gefüttert, gute Qualität 39 ⁰⁰	Flausch-Morgenröcke in allen Farben 14 ⁰⁰	Hemdbluse aus Wäschezeug, breite farbige Streifen 13 ³⁰
		Selbstenjumper große Farbenswahl 6 ⁹⁰

Gummimäntel für Damen und Herren von M. 24⁵⁰ an

Kinderkleid aus Cheviot, mit farbiger Laotgarne 5 ⁰⁰	Knaben-Anzüge aus guten Stoffen, für etwa 4 Jahre 5 ⁷⁵	Wash-Unterrock mit plaidiertem Volant 3 ⁹⁰
Zephir-Kinderkleid mit Faltenbockchen, 60 cm lang 5 ⁹⁰	Schul-Anzug aus sehr kräftigen Cord, für etwa 4 Jahre 13 ⁷⁵	Prima Satin-Unterrock mit breitem Faltenvolant 5 ⁵⁰
Kinder-Strickjacke reine Wolle, für etwa 2 Jahre 7 ⁰⁰	Unsere unverwundlichen gestrickten Anzüge in grau und marica, Größe 1 14 ²⁵	Herrenstoff-Hosen Breeches 6 ⁵⁰

Freitag Sonnabend Montag **Schlussstage** unserer Haushalt- und Gardinen-Woche!

Strassenbahn: 99, 36, 41, 199, 4, 9, Hochbahn Danziger Straße, Ringbahn Gesundbrunnen.

Achtung beim Einkauf!

Sehen! * Staunen! Kaufen!

Der Gipfel der Billigkeit!

Herren-Anzüge halbare Stoffe . . . 31, 38, 39, 35	16 ⁰⁰	Frühjahrs-Ülster Homospun, Taillen u. Schlüßler . . . 19, 65, 45, 39	22 ⁰⁰
Herren-Anzüge wollene Stoffe . . . 72, 85, 59, 42	35 ⁰⁰	Sport-Anzüge Homospun und Kammgarn, mit Freuche-Hosen . . . 72, 82, 46, 34	23 ⁰⁰
Maß-Anzüge beste Verarbeitung 120, 125, 170	85 ⁰⁰	Manchester-Anzüge Käper-Velvet . . . 43, 49, 33	30 ⁰⁰
Gummimäntel aus Batist, Käper, Covertcoat usw. 28, 30, 25, 20	14 ⁰⁰	Breeches Neckkln, Loden, Manchester, Cord, Gahardins . . . 21, 17, 14, 8, 4	3 ⁷⁵

Käuferleichterung durch Annahme. Angesehene Waren werden kostenlos bis Ostern aufbewahrt.

Berufs-Kleidung Knaben-Anzüge enorm billig! fabelhaft billig!

Hugo Simon

SPEZIALHAUS FÜR ERSTKL. HERREN-KLEIDUNG

133 CHARLOTTENBURG 133
Wilmersdorfer Str.

Achtung beim Einkauf!

Qualitätswaren!

Anzüge Mäntel Hosen

Cheviot, Melton, Homospun in guten Qualitäten, exquisites Verarbeitung, prima Erhalten, viele Formen	29 ⁵⁰	Homospun, Marengo, Melton, große Auswahl, nur beste Qualitäten, gute Verarbeitung, in allen Formen	27 ⁵⁰	Kammgarn, Bockkln, Cord, Satin, gediegene Stoffe, größte Auswahl, beste Näharbeit, Spun Breeches	6 ⁵⁰
--	------------------	--	------------------	--	-----------------

Boxhagener Str. 47
1. Bahnh. Strassen-Bummelberg, Ecke Holstenstrasse, 1 Trepp.

Badstr. 16
am Bahnh. Gesundbrunnen, Ballochmiederhaus, 1 Trepp.

Wilmersdorfer Str. 127
am Bahnh. Charlottb., Ecke Schillerstraße, 1 Trepp.

Kottbuser Str. 4
Untergrundh. Kottbuser Tor, Antoban-viale Strassenbahn.

Möbel Müller!

Jerlin C., Alexanderstr. 31 W. 1. 1733.

Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohn- und Schlafzimmer, sowie Stausmöbel ab Fabrik zu billigen, preis.

Schokolade.

Die bekannteste und beliebteste Marke

Dennoch

wirber eingetrossen

Gerson Wechselmann, Schokoladen-Gebackwaren, Berlin W., Markt 7.

Gründerstr. Kottbuser 875 und 876.

Tuchfabrik-Niederlage H. Lamprecht
Berl. u. Treppow, Kochstr. 17.

Wirre Stoffe für Damen und Herren zu Fabrikpreisen. Große Auswahl in den verschiedenen Farben, Qualitäten u. Preisen.

Zähne 1 u. 2 G.M. Teilzahlung

gestützt d. d. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.M. an. Echtes Goldkronen v. 8 G.M. an. Ersatzkronen v. 3 G.M. an. Zähne ohne Gummiplatte v. 3 G.M. an. Zahna mit Metall 1 G.M. an. Bestelle von Gebissen gratis. Rat und Mundgeruchscur gratis. 3 Jahre währende Garantie. Ueber 2.000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Hatvani, Danziger Strasse 1, hauser Allee.
Vorzeiger 10%, Rabatt.

Aus-schneiden! „Bettwäschehof“ aufbewahren!

Spezialverkauf von Bettwäsche.
Nur prima Ware, enorm billige Preise. Kein Laden! Mühlstraße 2, 1. Hof, parterre rechts.

Auf Teilzahlung Fahrräder
Oranienburger Straße 65.

Kinderland 1924

Ein Buch für unsere Jungen und Mädel

Mit reichem Bildreichtum versehen. Kalender-einen. Erzählungen - auch sehr lehrreichen Inhalts. Ichne Gedichte machen das Buch zu einem immer wieder neuen in die Hand genommenen Buchlein.

Preis 1.- Mark

Zu haben bei allen Buchhandlungen und in der Vorwärts-Druckerei, Lindenstr. 5

Besonders **billig!**